Einzelpreis 30 Pf. Halle, Montag, den 23. August 1920. 31. Jahrgang · Nr. 196

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Eröffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105065. Hermann Schade

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 6 Mark, vierteljährl. 18 Mark; durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Der Poleneinbruch in Oberschlesien.

Eine deutsche Note an die Entente.

Berlin, 21. August. (WTB.) Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris hat heute dem Präsidenten der Friedenskonferenz folgende Note überreicht:

Nach vorliegenden Meldungen befindet sich der Ostteil des Kreises Kattowitz seit der Nacht vom 19. zum 20. August in Aufruhr. Am 20. 8. nachmittags wurden Myslowitz und Laurahütte seitens der Sicherheitspolizei nur noch unter schwerem Kampf behauptet. Die zwischen beiden Orten gelegenen Ortschaften waren in den Händen der Insurgenten, die sich aus der ortsangesessenen Bevölkerung polnischer Nationalität rekrutieren und durch uniformierte polnische Soldaten verstärkt sind. Die Insurgenten waren bis dicht an den Ostrand von Kattowitz vorgedrungen. Kattowitz selbst war von französischen und italienischen Truppen besetzt, die am 20. 8. nachmittags Verhandlungen mit den Kattowitz bedrohenden Insurgentenscharen begonnen hatten.

Die Bildung bewaffneter Banden aus der ortseingesessenen Bevölkerung läßt sich mit den Bestimmungen des Friedensvertrages ebensowenig vereinbaren, wie die Anwesenheit ortsfremder bewaffneter Elemente.

Nach Zeitungsnachrichten soll in einem Bericht des Herrn General le Rond bemerkt sein, daß die deutsche Regierung die Ausschreitungen unterstützt habe.

Die deutsche Regierung kann nicht glauben, daß derartige Ausführungen sich wirklich in dem Bericht einer so hohen und verantwortlichen Stelle befinden. Sollten von anderer Seite solche Behauptungen aufgestellt werden, so wäre dies eine frivole Verleumdung. Die Beschuldigung ist handgreiflich unwahr. Gerade in den letzten Wochen hatte es sich die deutsche Regierung mit Rücksicht auf die in Spa übernommenen nur mit Anspannung aller Kräfte erfüllbaren Verpflichtungen angelegen sein lassen, auf eine Vermehrung der Kohlenförderung in Oberschlesien durch Ueberschichten hinzuwirken. Sie hatte allen Grund anzunehmen, daß die oberschlesischen Bergarbeiter im allgemeinen Interesse sich einsichtsvoll zu einer solchen Mehrarbeit verstehen würden. Eine Steigerung der Kohlenförderung wäre aber in einem verarmten Lande nicht erreichbar. Die deutsche Regierung muß nicht nur wegen der von ihr übernommenen internationalen Verpflichtungen, sondern auch im Interesse der deutschen Industrie und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit den größten Wert darauf legen, daß Oberschlesien ruhig weiter arbeitet.

Die deutsche Regierung beehrt sich, die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen auf den Ernst der Lage in Oberschlesien hinzulenken. Sie erwartet von den verbündeten Regierungen, daß sie unverzüglich für den Schutz des Lebens und Eigentums der friedlichen Bevölkerung sorgen und damit die Vorbedingungen schaffen werden, die zur ungestörten Fortsetzung der Arbeit in diesem für das Wirtschaftsleben von ganz Europa so wichtigen Bezirke erforderlich sind.

Die deutsche Regierung würde es mit Dank begrüßen, wenn ihr zur Beruhigung der sehr erregten öffentlichen Meinung baldigst mitgeteilt werden könnte, daß es der interalliierten Kommission gelungen ist, den von ihr übernommenen Schutz Oberschlesiens wirksam durchzuführen.

•

Die Polen in Kattowitz.

Beuthen, 22. August. In Kattowitz sind die Polen eingedrungen. Die Sicherheitswehr wurde zurückgezogen, weil mit ihren Uniformen Mißbrauch getrieben wurde. Der Landkreis Kattowitz ist vollständig von den Polen besetzt. Beuthen ist von den Polen vollkommen eingeschlossen. Auch Hindenburg, unmittelbar vor den Toren Beuthens, ist in polnischer Hand. Im Kreise Rybnik ist der Streik vollkommen. Auch dort erwartet man einen Putsch. Auch der Kreis Tarnowitz ist zu überwiegendem Teile von den Polen besetzt. In Hindenburg und Mysloitzitz gärt es außerordentlich. Zu Zwischenfällen ist es in diesen Orten aber bis jetzt noch nicht gekommen. Von interessierter Seite wird versichert, daß eine Säuberungsaktion in den besetzten Kreisen bereits im Gange sei.

•

Keine Verschiebung der Volksabstimmung.

Rotterdam, 21. August. Die Reuteragentur meldet: Der alliierte Rat wolle keine Truppenverstärkungen nach Oberschlesien entsenden. Ebenso werde einer Vertagung der oberschlesischen Abstimmungstermine vom alliierten Rat nicht zugestimmt.

Vom russisch-polnischen Kriege.

Der Rückzug der Russen

noch immer nicht zum Stillstand gekommen. Ueber seine eigentlichen Ursachen läßt sich volle Klarheit noch nicht gewinnen; sehr wahrscheinlich aber dürfte dabei Munitionsmangel eine große Rolle spielen. Die Polen drängen den sich zurückziehenden Russen heftig nach. Sie melden, daß namentlich ihre leichte Artillerie und Automobilabteilungen den Russen schwere Verluste beigebracht haben. „Die Artillerie folgte den polnischen Stoßtrupps auf den Fersen und überschüttete die flüchtigen Truppen mit einem vernichtenden Schnellfeuer.“ Die Berichte heben das Verhalten der französischen Offiziere hervor, die in den ersten Reihen kämpfen und die Truppen durch ihr Beispiel anspornen. Dieses Beispiel hat auf die polnischen Offiziere anspornend gewirkt, allerdings mit dem Ergebnis, daß viele gefallen sind, was um so mehr ins Gewicht fällt, als die Polen nur über verhältnismäßig wenige Offiziere verfügen.

Paris, 21. August. Nach einer Havas-Meldung aus Warschau ist die Gegenoffensive der polnischen Armee bis zum 19. August abends die Gefangennahme von 15 000 Russen ergeben. Soldau ist von den Polen am Sonnabendfrüh wieder besetzt worden. (WTB.)

Trotzky über die Lage.

Kopenhagen, 22. August. Ein Moskauer Funkspruch gibt eine Rede Trotzkis wieder, die dieser in Minsk vor den Sowjets gehalten hat und in der er trotz der gegenwärtigen Mißerfolge unverkennbare Zuversicht zur Schau trägt: „Unsere Truppen mußten vor Warschau mit ihrem Vormarsch einhalten. Dadurch wird aber der Gang der Ereignisse in keiner Weise geändert. Die polnische Front besteht gegenwärtig aus zwei Teilen, nämlich aus einem militärischen und einem diplomatischen, und besitzt zwei Mittelpunkte, in Warschau und Minsk. Die Verhandlungen in Minsk sind von außerordentlicher Wichtigkeit, da sie sich unter dem Einfluß einer großen Arbeiterbewegung abspielen. Großbritannien mache gegenwärtig eine Krise durch, wie es keine gleiche in der Weltgeschichte gäbe, da sich die Arbeiterschaft in den Gang der Verhandlungen einzumischen wußte. Was die Frage des Generals Wrangel anlangt, so habe Rußland einstweilen den Vormarsch zulassen müssen. Aber bald werde er einen Stoß erhalten, der seine Weiterbewegung unmöglich mache. Ueber das Schicksal und die Zukunft der russischen Republik entscheide man nicht in der Krim, sondern an der polnischen Front.“

Mobilisierung russischer Reserven.

Berlin, 23. August. Einem Telegramm zufolge werden in Moskau schleunigst große Reserven mobilisiert; zahlreiche Bahnzüge mit Truppen und Munition befinden sich auf dem Wege nach dem polnischen Kriegsschauplatze.

Köthen — ein Sommernachtsspuk.

Aber eine ernsthafte Lehre für das Proletariat!

Richtige politische Voraussicht war es, die noch vor wenigen Tagen die Leitungen der USPD. und KPD. veranlaßte, ernste Warnungen an das gesamte Proletariat in der revolutionären Presse herausgegeben. Die außenpolitische Situation ist zum Reißen gespannt, im Inneren aber haben die sensationellen Magdeburger Enthüllungen der Oeffentlichkeit das sprungbereite Ungeheuer des Weißen Schreckens, der militärischen Reaktion in seiner ganzen furchtbaren Gefährlichkeit gezeigt. Die verzweifelten Versuche der reaktionären Presse, durch Meldungen über Waffenschiebungen der USP., über die Rote Armee usw. — siehe die Hetze gegen die Genossen Kasparek und Osterburg, der Vorfall mit dem Kohlenauto in der Dölauer Heide — all das zeigte jedem politisch Einsichtigen, daß nichts der Reaktion willkommener, nichts ihr dienlicher sein würde, als Unbesonnenheiten des revolutionären Proletariats. Oertliche Putsche benutzen, um den deutschen Spieß- und Kleinbürger wieder mit dem Lied vom schwarzen Mann des Bolschewismus einzulullen, was konnten die Escherische, die Kappisten und die sonstigen blamierten Magdeburger Mitteleuropäer sehnlicher wünschen!

Unsere Warnungen waren nur zu sehr begründet! Wenn die Reaktion einen Putsch der Gegenseite brauchte, so hat sie ihn bisher noch immer bekommen, selbst wenn sie — ein bißchen nachhelfen mußte. Und so hat sie nachgeholfen: In Köthen gelang es ihr, eine 15stündige „Räterepublik“ zu errichten — und mehr brauchte die Kappistische Hetzpresse nicht. Nun bellt die Meute los, die Oeffentlichkeit wird in Unruhe gebracht und wieder segnet jeder Philister im Stillen die Organisation Escherich, die offenbar doch nötig ist, um das Reich vor dem Aufstand von links zu retten. In allen Redaktionen der ehemals königstreuen Federpatrioten dankt man heute auf den Knien dem heiligen Joseph, neuerdings bekanntlich Schutzpatron gegen den Sozialismus, und dem göttlichen Glück, das gerade im geeigneten Moment die Räterepublik von Köthen brachte.

Die Arbeiterschaft aber mag aus den Vorgängen, die wir weiter unten schildern, eine ernste Lehre ziehen. Gerade dem revolutionären Proletariat, das den Sozialismus will und die Zertrümmerung des bürgerlichen Staates ersehnt, ziemt es, auch jene revolutionäre Disziplin zu halten, die die Mutter des Erfolges ist. Die Affäre Hölz in Plauen gab uns seinerzeit Anlaß, darauf hinzuweisen, daß derartige Einzelaktionen das Proletariat schwer schädigen, es in seinem Kampfe aufhalten und es durchaus nicht fördern, wie die Wirrköpfe der Falkensteiner Räterepublik glaubten. Seitdem haben wir „Sangerhausen“ erlebt, den Streich der Schröder-Mahnke und haben unsere Warnungen verdoppelt, die auch überall befolgt worden sind.

Wenn nun in Köthen, wie der Fall Berg beweist, offenbar Spitzelarbeit vorliegt — und alles Geschrei der bürgerlichen Presse wird uns nicht hindern, immer wieder auf diese bewiesene Tatsache hinzuweisen — so wollen wir hier doch ganz offen erklären, daß ein Teil der Köthener Arbeiter einen schweren Fehler begangen hat. Kopflosigkeit ist kein Attribut, das ein revolutionärer Kämpfer als Ruhmestitel zu erstreben hat. Man mußte mit derselben Energie, wie es seinerzeit unsere Sangerhäuser Genossen taten, gegen die Bande vorgehen, welche die famose Räterepublik begründen wollte. Man durfte nicht den Versicherungen Glauben schenken, wonach auch in den Nachbarorten die Räterepublik ausgerufen sei, man mußte sich Gewißheit verschaffen; man kannte die Warnungen. Nun wird das Grinsen der Reaktion jenen, die sich zur Uebereilteit verleiten ließen, ihren Fehler deutlich genug gezeigt haben. Lernet Gewarnte, daß die revolutionäre Taktik des Marxismus nicht in Bakunins Putschtarbeit, die in den Taten der Hölze, Berg u. Ko. so fröhliche Auferstehung feiert, den Weg zur Errichtung der politischen Herrschaft des Proletariats sehen kann. Sammelt die Heerscharen der Zukunft, schult und formiert sie — der Tag des Kampfes naht, wenn andere Hörner blasen, als die Spitzel-Tuba des ehrenwerten Bergs der verkappten Reaktion!

•

Die Vorgänge in Köthen.

Von der Hallischen Parteileitung der USP. werden uns folgende Darstellungen gegeben:

Nachdem die Warnungen der USP. und KPD. an die Oeffentlichkeit gegangen waren, daß an den beabsichtigten Putschen in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend beide Parteien nicht beteiligt seien, hielt die Hallische Bezirksleitung der USP. es für ihre Pflicht, ihre Wachsamkeit und Aufmerksamkeit zu verzehnfachen. Am Sonnabend früh 9 Uhr kam ein Automobil mit einigen Köthener Arbeitern ins Gewerkschaftshaus Halle, um Aufklärung darüber zu bekommen, welche Ziele bei der Ausrufung der Räteregierung in Köthen befolgt würden. Sie erzählten, daß während der Nacht auswärtige bewaffnete Arbeiter angekommen seien, die erklärt hätten, daß in Halle, Magdeburg, Leipzig und verschiedenen anderen Orten Mitteldeutschlands die Räteregierung ausgerufen sei, und daß sie nicht wüßten, was sie zu tun hätten. Genosse Lemk, der Vorsitzende der Hallischen USP., setzte sich sofort mit dem Vorstand der KAP. in Verbindung und die betreffenden Genossen erschienen umgehend auf dem Arbeitersekretariat. Es wurde festgestellt, daß weder von der USP. noch von der KPD. noch von der KAPD. Parolen herausgegeben worden sind, die dieses Ziel verfolgten. Der Vorstand der KAP. war wie aus den Wolken gefallen, als er hörte, welche Vorgänge in Köthen sich abgespielt hatten. Als man noch verhandelte, kam ein zweites Automobil mit Köthener Arbeitern. Die beteiligten Parteien beschlossen sofort, daß der Bezirkssekretär der USP., Genosse Oeßner, nach Köthen fuhr. Vorher hatte er durch ein Ferngespräch mit dem Oberpräsidium in Magdeburg die Versicherung erhalten, daß seitens des Oberpräsidenten ein Einschreiten vor abends 11 Uhr nicht erfolgen würde, wenn die beteiligten Parteien die Regelung der Köthener Angelegenheit selbst in die Hände nehmen würden. Das wurde von den Parteien angesagt und Genosse Oeßner wurde beauftragt, mit der antisozialistischen Regierung sofort Verhandlungen aufzunehmen, um ein Einschreiten der Reichswehr zu verhindern. Weiter wurde beschlossen, daß das zweite Automobil mit Delegierten der USP. und KAP. sofort nach Köthen fahren sollte, um dort die ganze Aktion abzublasen.

Nachdem weiter Automobile abgefertigt worden waren, erschien ein drittes Automobil aus Köthen, in dem sich der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells in Köthen, Genosse Günther, sowie ein Mitglied der rechtssozialistischen Partei und zwei Mitglieder des Spartakusbundes befanden, die denselben Sachverhalt zum drittenmal erläuterten. Sie erklärten, daß der Leiter der ganzen Aktion ein Oberleutnant der Reserve, Dr. Berg, sei, der bis vor kurzem der Leiter der Köthener Abwicklungsstelle war. Die Genossen waren sofort unserer Ansicht, daß es sich lediglich um eine Provokation eines Mitgliedes der Orgesch handeln könne. Es wurde sofort von den beteiligten Parteien beschlossen, daß unser Genosse Stadtverordneter Kürbs zum Oberpräsidenten Hörsing in Magdeburg fahren sollte, um ihm die Nachrichten persönlich zu überbringen.

Kurze Zeit nachher erhielten wird die Nachricht, daß der Putsch, der in Köthen seinen Anfang genommen hatte, sich auch auf das Mansfelder Gebiet ausdehnen solle. Wir haben sofort unsere sämtlichen Parteifunktionäre dahingehend belehrt, daß sie unbedingt beim Erscheinen bewaffneter auswärtiger Lockspitzel die Festnahme derselben bewirken sollten. Abends gegen 7 Uhr erschienen die Genossen, die beauftragt waren, in Köthen die Angelegenheit zu regeln und erklärten, daß der Leiter der ganzen Aktion Dr. Berg, sich der Verhaftung entziehen wolle, und zwar als ihm mitgeteilt wurde, daß Reichswehrtruppen in Anmarsch seien. Die Genossen erfuhren weiter, daß Berg in der Nacht den Köthener Arbeitern 3000 Mark zur Verhinderung gestellt hatte, da die Arbeiterschaft vollkommen ohne jede Geldmittel war. Als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß unbedingt jemand dableiben müßte, der die Verhandlungen mit der Reichswehr als Verantwortlicher übernehmen könnte, erklärte er, daß er dafür nicht in Frage kommen könne, er sei — „Staatsbeamter, Oberlehrer und Oberleutnant der Reserve“.

Als unsere Genossen darauf bestanden, daß man sich nicht durch die Flucht der Verantwortung entziehen sollte, drohte Dr. Berg damit, sich zu erschießen. An diesem Vorhaben wurde er von unseren Genossen verhindert. Weiter wurde von unseren Genossen festgestellt, daß Herr Berg sich seit Mittwoch in Magdeburg befunden hatte, und daß er dort angeblich von Kommunisten zurückgehalten worden sei. In der Nacht zum Sonnabend gegen 1 Uhr ist er zurückgekommen und hat erklärt, daß die Köthener Arbeiterschaft „sofort loschlagen“ müßte. Da die Arbeiterschaft nicht in diese plumpe Falle ging, hat er aller Wahrscheinlichkeit nach noch von Magdeburg aus ein Telegramm an die Ortsverwaltung der KPD. in Köthen richten lassen, das da sagte, daß „unbedingt losgeschlagen“ werden sollte. Nach Ankunft des Telegramms setzten sich die Mitglieder der KPD. mit Herrn Berg in Verbindung und dieser forderte nun, daß unbedingt sofort die Aktion begonnen worden müßte. Unter seiner Leitung haben sich dann die Ereignisse abgespielt.

•

„Oberleutnant und Oberlehrer Dr. Berg“ als Diktator.

Den Mitteilungen aus Köthen über den Vorgang der Sache entnehmen wir:

Die Bewegung in Köthen nahm ihren Ausgang in einer Versammlung, die am Freitagabend von den Kommunisten ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200823-11/fragment/page=0001

anstaltet wurde. Das Haupt der Bewegung ist der Oberlehrer Dr. Berg, angeblich Oberleutnant der Reserve, der vor etwa einem halben Jahre aus Saarbrücken in Köthen zugezogen ist. Es wurde in Köthen bekanntgegeben, daß auch die Räterepublik in Halle, Leipzig und Magdeburg ausgerufen worden sei. Die „Rote Armee", die Sonnabend vormittag vor dem Rathause aufmarschierte, war etwa 50 Mann stark. Sie ist mit Gewehren bewaffnet und führt auch ein Maschinengewehr mit sich. Auch auf dem Balkon des Rathauses, in dem der Vollzugsrat seinen Sitz hatte, war ein Maschinengewehr aufgestellt. Die Behörden traten sämtlich in den Abwehrstreik. Der Bürgermeister ist auf Urlaub. Die „Räteregierung" öffnete das Gefängnis und ließ sämtliche Insassen frei, die sich der „Bewegung" größtenteils anschlossen. Einige sind wieder in das Gefängnis zurückgekehrt. Die Verpflegung für die „Rote Armee" wurde auf Gutscheine entnommen.

Im Rathaus zu Köthen konstituierte sich ein Vollzugsrat, der folgende Bekanntmachungen erließ:

1. Kampfgenossen und Brüder! Der Tag der Abrechnung, den wir herbeigesehnt, ist da. Das gesamte Proletariat ganz Deutschlands ist aufgewacht, um die unwürdigen Ketten, in die seine Unterdrücker es geschmiedet, abzuschütteln. Die Reaktion wollte nun zu einem neuen Schlage ausholen, uns gänzlich zu vernichten. Wir sind ihr zuvorgekommen. Darum auf zur Tat! Schließt euch uns an! Einer für alle, alle für einen! Es lebe die Weltrevolution! Hoch die Rätediktatur.

2. Es wird hiermit für die Stadt und den Kreis Köthen die Räterepublik ausgerufen. Die Gewalt der Stadt und des Kreises Köthen liegt bis auf weiteres in den Händen des unterzeichneten Vollzugsausschusses. Wer auch immer der Plünderung, des Einbruchs oder Mordes überführt wird, wird standrechtlich erschossen. Ansammlungen von mehr als drei Personen auf der Straße sind verboten. Sämtliche Geschäftslokale, Theater und Kinos bleiben bis auf weiteres geschlossen. Alle Arbeiter, die der Arbeiterwehr angehören, haben sich bis mittag 12 Uhr auf dem Rathaus, Zimmer 10, anzumelden. Zuwiderhandlungen werden mit den schwersten Strafen belegt. Die Polizei behält ihre Machtbefugnisse.

Der Vollzugsrat. Die militärische Oberleitung.

Die Vermittlungstätigkeit der USP.

Ueber die Tätigkeit des Hallischen Bezirkssekretariats der USP. wird uns mitgeteilt: Genosse Oelßner erfuhr vom Magdeburger Oberpräsidium, daß der Staatspräsident Deist in Dessau bereits mit der Reichswehr handhandle, damit sie in Köthen eingreifen solle. Dem Genossen Oelßner gelang es, vom Staatspräsidenten in Dessau die Erlaubnis zu erhalten, vor dem Eintreffen der Reichswehr in Köthen mit den Köthener Arbeitern zu verhandeln, um Unruhen und Blutvergießen zu vermeiden. Auf dem Rathause zu Köthen hatte der Vollzugsrat eine Sitzung mit Mitgliedern des Betriebsrates und der Eisenbahndirektion in Magdeburg über die Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebes. Genosse Oelßner klärte sofort die Mitglieder des Vollzugsrates auf und veranlaßte sie, ihre Aemter niederzulegen. Die Leitung der Stadt ging darauf wieder in die Hände der bisherigen Behörden über. Der Vollzugsrat erklärte sich für aufgelöst. Genosse Oelßner verlangte, daß eine Kommission für weitere Verhandlungen mit der Staatsregierung Anhalt sich zur Verfügung halten solle. Daraufhin erklärte Dr. Berg, er komme dafür „noch in Betracht". Genosse Oelßner veranlaßte den Telephon- und Telegraphenverkehr sofort wieder in Betrieb zu setzen, ebenso den Bahnverkehr. Dabei erfuhr er, daß die Magdeburger Verhandlungskommission dem Militärzug aus Dessau entgegengefahren sei, um zu verhindern, daß nach Köthen Militär komme. Unverrichteter Sache kehrte der Zug zurück. Das Militär fuhr in Köthen ein und die Verhandlungskommission und unser Genosse Oelßner mit einigen Gewerkschaftsführern und Mitgliedern des Eisenbahnbetriebsrates in Köthen setzten sich mit dem Zivilkommissar, Ministerialdirektor Geheimrat Weber, in Dessau in Verbindung, um nochmals zu versuchen, die Reichswehr von Köthen fernzuhalten, da die Befürchtung bestand, daß dadurch Blutvergießen entstehen könne, oder evtl. die Eisenbahner in den Streik treten würden. Trotz aller Bemühungen ihrerseits und trotzdem festgestellt wurde, daß das Kommando der Reichswehr nur eingreifen solle, wenn der Zivilkommissar dazu den Befehl gab, mußte festgestellt werden, daß vollständig eigenmächtig die Reichswehr sich nach der Stadt in Bewegung setzte und dem Zivilkommissar die Militärgewalt aus der Hand geglitten war. Vor den Verhandlungen mit dem Zivilkommissar erklärte ein dem Genossen Oelßner bekannter Parteigenosse in Köthen, daß Berg vor drei Wochen bei der USP. in Köthen den Antrag gestellt hatte, ihn als Parteimitglied aufzunehmen. Unsere Parteigenossen in Köthen lehnten es ab, weil bekannt war, daß Berg Offizier bei der militärischen Abwicklungsstelle in Köthen war. Die KPD. lehnte die Aufnahme Bergs ebenfalls ab. Dann ging Berg an die KAPD., die ihn als Mitglied aufnahm. Inzwischen hatten USP., SPD. und das Gewerkschaftskartell gemeinsam in Köthen einen Aufruf erlassen des Inhalts, die Arbeiter- und Einwohnerschaft solle Ruhe und Ordnung bewahren. Durch Mitglieder der SPD. erfuhr Genosse Oelßner, daß der Schlußsatz jenes Aufrufes: „da mit Bestimmtheit damit zu rechnen ist, daß die nationale Spitzelorganisation hier ihre Hand mit im Spiele hat, ist ganz besondere Vorsicht geboten", von einem Herrn von Brunn, Mitglied der Kreisdirektion Köthen, ein bekannter Reaktionär, verworfen worden sei. Die Arbeiterschaft hat ihn aber trotzdem gebracht. Aus mancherlei Anzeichen geht hervor, daß gewisse Reaktionäre in voller Absicht in Köthen die ganze Angelegenheit geschehen haben, um wieder einmal die Sache der Arbeiter zu diskreditieren. Bezeichnend ist auch, daß der Führer der Reichswehr so starr an einem bestimmten Programm festhielt, daß er ohne Befehl des Zivilkommissars sich nicht scheute, in Köthen einzumarschieren. Genosse Oelßner fuhr mit der Magdeburger Kommission nach Magdeburg und erstattete dem Oberpräsidenten Hörsing Bericht, wo dieser ihm mitteilte, daß im Laufe des Nachmittags von der Sipo ein gestohlenes Auto in Magdeburg festgehalten wurde, in dem sich unser Köthener Parteigenosse, Bezirksleiter des Landarbeiterverbandes, Teuerjahr, Mitglied des anhaltischen Landtages und sechs Köthener Arbeiter befanden, die sämtlich verhaftet wurden. Demgegenüber war dem Genossen Oelßner schon am Mittag von Mitgliedern des Vollzugsrates in Köthen erklärt worden, daß Teuerjahr bei der Sache vollständig unbeteiligt sei, man habe ihn wegen „Flaumacherei" nach Magdeburg abgeschoben. Dies hat sich bestätigt, so daß Genosse Teuerjahr und die anderen sechs Arbeiter bereits am Sonntag wieder entlastet wurden.

Oberpräsident Hörsing teilte dem Genossen Oelßner noch folgendes mit, daß für die „Führer" der „Räterepublik" bezeichnend ist. Die „führenden Köpfe" des Köthener „Vollzugsrates" seien im Auto nach Staßfurt entwichen, wo sie sofort wieder unter dem Vorgeben, sie kämen im Namen einer eben gegründeten Räterepublik größere Geldbeträge an sich brachten, mit denen sie das Weite suchten.

Verhaftung Dr. Bergs in Halle.

Am Sonnabendnachmittag kam der Köthener „Diktator" Dr. Berg im Auto von Köthen nach Halle und verlangte von den Mitgliedern der KAPD. in Halle, daß sie ihm mit Rat und Tat zur Seite stehen sollten. Der verdächtige Herr, der es so eilig hatte, sich aus Köthen zu entfernen, erzählte, daß auf seine Anordnung hin seine Köthener Kämpfer nach Bernburg marschiert seien, um dort ebenfalls die Räterepublik auszurufen. Ferner brüstete er sich damit, daß zwei Insassen des Autos auf der Herfahrt durch Drohung von den Bauern einige Tausend Mark erpreßt hätten. Die zuständigen Stellen waren über den Aufenthalt des Berg in Halle unterrichtet und nach verschiedenem Hin und Her wurde der Herr Sonntagmorgen im Schlamm verhaftet, wohin er in Ermangelung eines anderen Obdachs geraten war. Interessant ist es, daß die Sipo, nachdem sie erfahren hatte, daß es sich um einen Oberleutnant handelte, allerlei Schwierigkeiten machte, ehe sie die Verhaftung vornahm. Sodann hat sich ein merkwürdiger Vorfall ereignet, der offenbar auf einen Mißgriff der Sipo zurückzuführen ist. In der Nacht wurde der Genosse Robert Kroh, der einige Tage zu Besuch in Halle ist und noch nie in Köthen war, unter dem Verdacht der „Mittäterschaft" verhaftet. Genosse Kroh hat mit der ganzen Angelegenheit gar nichts zu tun und hat sich nur zusammen mit unseren Genossen in der Nacht zum Sonntag bei der Auflösung des Falles Berg beteiligt. Man muß verlangen, daß unser Genosse sofort aus der ungerechtfertigten Haft entlassen wird.

Die Orgesch-Gefahr.

Putschpläne in Ostpreußen.

Mit einer Dreistigkeit, wie sie nur ein waschechter Reaktionär aufzubringen vermag, hat der Hauptmann der Orgesch-Escherich in seinem „Entrüstungs"-Telegramm an den Reichspräsidenten keck behauptet, daß die „Orgesch" eine „verfassungsmäßige", zum „Schutze der Verfassung" gegründete Organisation sei. Bei den Leuten, die sind dem Escherich mit seiner niedlichen Behauptung natürlich ungefähr ebensoviel Glauben, als etwa mit der Versicherung, daß der Wolf ein — Lamm sei. Wenn der wackere Bolschewistentöter aus Bayern recht hätte, dann müßten alle die kappistischen Elemente, die in den reaktionären Einwohnerwehren, in den studentischen Verbindungen, in den Spitzelorganisationen, den „Nachrichtenstellen", der Reichswehr usw. für die Putschpläne der Kapp-Lüttwitze mehr oder weniger offen weiter wühlen und die auch den Kern der Escherich-Organisation bilden — inzwischen alle verfassungstreue Republikaner geworden sein. Nach außen hin treten sie allerdings in dieser Masse auf, um so ihre Putschabsichten sicherer vorbereiten und verwirklichen zu können.

Aber zuweilen entlarven sie sich doch ganz von selbst und unbewußt. So neuerdings auch in Ostpreußen. Neben Bayern und Pommern ist ja auch Ostpreußen eines der kappistischen Hauptquartiere. Hier fühlen sie sich unter den massenhaft angehäuften Maschinengewehren und unter dem Schutze ehemaliger Baltikumer sicher und warten nur auf den Moment, der ihrem Losschlagen günstig erscheint. Die Dinge haben sich dort so entwickelt, daß, nach Meldungen aus Königsberg, die Lage Ostpreußens in der Tat als überaus ernst gilt. Die bewaffneten reaktionären Organisationen breiten sich immer mehr aus. Als besonders bedenklich daran verzeichnen die Meldungen, daß diese bewaffneten Reaktionäre sämtlich der — „Orgesch" angeschlossen sind. Sie verfügen angeblich über 40 000 bewaffnete Mann und über 200 000 Waffen. Die Escherich-Leute organisieren wieder entlassene Offiziere der Sicherheitspolizei in ihre Verbände ein. Ihnen stehen große Summen zur Verfügung. Den Organisationen sind alle reaktionären Kreise äußerst angeschlossen. Die Leitung des Selbstschutzverbandes ist in den Händen eines entlassenen Offiziers der Sicherheitspolizei namens Pren. Das Treiben ist so auffällig, daß sich selbst bürgerliche Blätter seiner Bedenklichkeit und Gefährlichkeit nicht verschließen können. So fragt z. B. die Saalezeitung mit der Königsberger Hartungschen Zeitung: „Woher nehmen die Orgesch und die Selbstschutzverbände ihre Millionen?"

Gerade aber an den Vorgängen in Ostpreußen wird der reaktionäre, putschistische und gegenrevolutionäre Charakter der Organisation Escherich aufs Unzweideutigste enthüllt. Auf Anordnung des Oberpräsidenten sollten sämtliche bestehenden Selbstschutzverbände aufgelöst und eine neue Organisation gebildet werden, die alle Kreise der Bevölkerung umfassen sollte. Die gesamte Presse der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei hat jedoch die Beteiligung an der Bildung dieser Ortswehren abgelehnt mit der Begründung, daß die bestehenden Ortswehren, die sich an die Escherich-Organisationen anlehnen, den besten Schutz für Ostpreußen bildeten. Hier haben wir die „Verfassungstreue" nach bekanntem Muster. Die Reaktionäre wollen nur Ortswehren, die sich aus den Reihen ihrer Anhänger zusammensetzen. Sie wollen eine gegenrevolutionäre Putschorganisation und lehnen deshalb die Aufnahme von Arbeitern und Angestellten ab, weil sie befürchten, daß ihnen von diesen Leuten in die Karten gemuckt werden könnte.

Die Regierung weiß nunmehr, was auf dem Spiele steht. Die Gefahr ist dank ihrer bisherigen Nachlässigkeit größer als mancher glauben möchte. In der Kreuzzeitung wird das Verbot der Orgesch durch die preußische Regierung zum Anlaß genommen, die Auflösung des preußischen Landtages zu fordern. Auch wir verlangen Neuwahlen, freilich aus ganz anderen Gründen, wie die Kreuzzeitung, die mit ihrer Parole die Taktik aufnimmt, die am 13. März Ehrhardt und Genossen einschlugen, als die Marinebrigaden auflöst werden sollten. Die Marinebrigaden waren die stärkste Hoffnung der Reaktion. Ihre bevorstehende Auflösung brachte den von langer Hand vorbereiteten Putsch zum Ausbruch. Es besteht die Möglichkeit daß die anbefohlene Auflösung der Orgesch zu ähnlichen Ereignissen führen kann. Denn mit dem Zerfall der Orgesch würde wieder ein Traum der Reaktion zerrinnen, viel mühevolle Arbeit, millionenfache Ausgaben wären umsonst gewesen.

•

Verbot der „Ogesch" in Sachsen.

Dresden, 22. August. Die Regierung ordnete an, die sächsischen Orgesch-Organisationen aufzulösen und Zuwiderhandelnde gerichtlich zu verfolgen.

•

Der orgeschfreundliche Entwaffnungskommissar.

Der parlamentarische Beirat, den der Reichstag dem Entwaffnungskommissar beigegeben hat, trat am Sonnabend zusammen und beriet bis in die Nachtstunden die Ausführungsbestimmungen zum Entwaffnungsgesetz. Der Reichskommissar Peters stellte sich dem Beirat vor und hielt eine Ansprache zum Vertrauen. Genosse Dr. Rosenfeld gab ihm sofort Gelegenheit, Farbe zu bekennen, indem er ihm die Frage nach seiner Stellung zur „Orgesch" vorlegte. Was erklärte der Reichskommissar für Entwaffnung? Es sei nicht seine Aufgabe, überall einzugreifen, wo „angeblich" eine Bewaffnung der Bevölkerung stattfinde. Er sei kein Mädchen für alles; er sei auch nicht Reichspolizeiminister. Escherich habe ihm erklärt, er wehre sich entschieden gegen das Vorgehen des preußischen Ministers des Innern. Er führe über ihn Beschwerde. Und was sagt der Reichskommissar dazu? Er könne da nicht dreinreden!!! Ruhig hörte der Entwaffnungskommissar an, daß die Herren Deutschnationalen und Deutschvolksparteiler die „Orgesch" als eine gesetzliche zulässige bewaffnete Organisation bezeichneten. Genosse Dr. Rosenfeld äußerte infolge dieses merkwürdigen Verhaltens des Reichskommissars das allerschärfste Mißtrauen gegen ihn. Um so mehr traten alle übrigen Parteien für ihn ein. Die Rechtssozialisten waren zwar auch von den Erklärungen des Reichskommissars nicht sehr angenehm berührt. Ihr Vertreter Dr. Braun erklärte aber trotzdem, daß auch sie kein Mißtrauen gegen die Person des Reichskommissars. Die ausweichenden Erklärungen Dr. Peters klingen für einen Entwaffnungskommissar, der seine Aufgabe unparteiisch und gerecht durchführen soll, doch höchst merkwürdig. Man kann danach mit um so größerer Bestimmtheit sagen: Die ganze Entwaffnungsaktion entpuppt sich immer klarer als das, wofür unsere Vertreter im Reichstag sie von vornherein angesehen haben: als eine Aktion zum Schutze des bewaffneten Bürgertums und zur Bekämpfung der Arbeiterschaft.

•

Die Sowjetarmee.

Das bürgerliche „Prager Tageblatt" veröffentlicht einige Schilderungen seines Mitarbeiters, der sich an den Nordflügel der bolschewistischen Armee begeben hat, über deren Organisation und Disziplin. Er schreibt:

„Vor drei Tagen sah ich in Augustowo, wie ein einfacher russischer Soldat einen schlafenden Regimentsarzt weckte. Der Russischer schrie nicht etwa: Euer Gnaden, Infanterist Iwan Iwanowitsch bittet Sie gehorsamst, aufstehen zu wollen, sondern „Stawaj towarischl", was zu deutsch heißt: Steh auf, Genosse! Und — kömmt ihr's glauben? — der Regimentsarzt stand wirklich auf. Man kann die Rote Armee verstehen, wenn man bei Phantasie aufbringt, sich seinen Offizier vorzustellen, der nicht weiterschickt, wenn ihm ein Infanterist: „Steh auf!" sagt. Nein, das ist noch immer nicht das Entscheidende. Sondern die Tatsache; daß der also geweckte Offizier auch weiter Offizier bleibt. Denn ich sah, wie der Regimentsarzt sich den Schlaf aus den Augen rieb und dem Muschik befahl: „Pajdjom!" — und wie dann der Regimentsarzt voranging, der Muschik ihm folgte hinter ihm „in Haltung". Nicht etwa drei Schritte Distanz, sondern vielleicht nur anderthalb. Denn es war ein Soldat der Roten Armee.

Offiziere und Soldaten speisen in einer gemeinsamen Messe. Aber die militärische Form ist da. Die Rote Armee ist nicht gedrillt, aber diszipliniert. Sie wird gewiß nicht schlankiert, aber ausgebildet. Die Russen werfen nicht mit Pflastersteinen, sondern schießen. Ihre Karabiner sind von 90er Konstruktion. Einige österreichische Mannlicher-Gewehre, Modell 96, sah ich auch.

Die Sowjettruppen sind in Divisionen, Brigaden, Regimenter, Kompagnien und Schnien geteilt und nicht in Räuberbanden. Ihr Dienstreglement ist wahrscheinlich ein bischen zusammengestrichen, aber es ist da. Die Russen marschieren und wahrscheinlich können sie auch Parade marschieren, kurz, die Rote Armee ist keine Freibeuterschar, sondern eine Armee. Eine antimilitaristische Armee! O Witz der Weltgeschichte! Kreuzritter des 20. Jahrhunderts. Kreuzritter des Sozialismus..."

Die gewaltigen Erfolge der Sowjetarmee in ihrem unerhörten raschen Vormarsch bis tief in Polen hinein, bis vor die Hauptstadt des Landes, wären ohne eine straffe Organisation und Disziplin gar nicht möglich gewesen. Daß sie bestehen, beweisen die Schilderungen des „Prager Tageblattes" nicht nur, sondern auch zahlreicher anderer Augenzeugen. Sie zeigen zugleich auch, daß Disziplin und Organisation nicht identisch zu sein brauchen mit den Kasernenhofmethoden des imperialistischen Militarismus, wie sie zumal der preußische Junkerstaat bis zu seinem Zusammenbruch praktizierte und die posenhafter Weise als „nebelhafte Tradition" auch in der Armee des republikanischen Deutschlands fortleben.

Neue Schiebungen für Polen?

In seiner Morgenausgabe vom 21. August bringt der Berliner Lokal-Anzeiger folgende Meldung:

„Wie uns in später Stunde mitgeteilt wird, soll es einem Beamten der Erfassungsstelle beim Reichsschatzministerium gelungen sein, große Schiebungen von Heeresmaterial aufzudecken. So soll in Mitteldeutschland versucht worden sein, für viele Millionen Mark Flugzeuge nach Polen zu verschieben. Ferner soll es gelungen sein, in einer mitteldeutschen Garnisonstadt die Verschiebung von Heeresgut im Betrage mehrerer Millionen zu unterbinden. Als Organisator dieser Schiebungen soll ein Angehöriger einer ausländischen Adelsfamilie in der Angelegenheit verwickelt sein, der unter verschiedenen Namen in Berlin auftritt. . . ."

Das Blatt bemerkt dazu, daß es diese Angaben noch nicht habe nachprüfen können. Soviel ist jedoch sicher, daß massenhafte Versuche gemacht wurden, den Polen Material aller Art zuzuschanzen, wenn auch weniger aus Liebe zu ihnen als aus Liebe zum dicken erhofften Profit. Diese Versuche können um so leichter gelingen, als die deutschen Behörden ihrer Pflicht zur strengsten Beobachtung der regierungsoffiziös erklärten Neutralität vielfach nur sehr lässig nachkommen, ja, teilweise direkt dagegen handeln, wie die Ereignisse in Kattowitz gelehrt haben. Um so mehr ist es die Pflicht des deutschen Proletariats, auf die unbedingte Einhaltung der Neutralität zu achten und in der Wachsamkeit nicht zu ermüden.

•

Doch wieder Waffenschiebung!

Berlin, 23. August. (Eigene Drahtmeldung) Bei dem in Berlin zurückgehaltenen Transport an die Königsberger Sicherheitswehr hat sich nun doch eine große Schiebung herausgestellt. Der Transport sollte nach dem ursprünglichen Plan aus Ausrüstungsgegenstände und Karabinermunition enthalten, nichts anderes. Nun waren aber Waffen dabei, die nicht angefordert worden sind. Nur unter der Voraussetzung, daß keine Waffen beim Transport waren, hat der Genosse Mertins das Telegramm des Polizeipräsidenten Lübbring bestätigt. Wer hat die Waffen in den Transport eingeschoben und zu welchem Zweck? Darüber muß schleunigst Rechenschaft gefordert werden!

•

Zurückgehaltener Munitionstransport.

Von Lübeck aus sollten 20 000 Zentner Artilleriemunition für die Reichswehr in Ostpreußen verschifft werden, um unter Umgehung des polnischen Korridors auf dem Seewege ans Ziel gebracht werden zu können. Die Betriebsräte haben jedoch beschlossen, die Verladung vorläufig einstellen zu lassen, da Zweifel bestehen, ob die Munition nicht doch zugunsten der Feinde Rußlands verschleppt wird. Eine Abordnung der Betriebsräte wurde nach Berlin entsandt, um sich bei dem Ausschuß der sozialistischen Parteien Instruktionen zu holen.

Ein Skandal!

Erschwerung amerikanischer Liebesgabensendungen.

Wie aus dem deutschen Roten Kreuz nahestehenden Kreisen bekannt wird, wird die Ueberführung der 100 000 Milchkühe, die Amerika für die unterernährten deutschen Kinder zur Verfügung gestellt hat und die seit April zum Abtransport bereit sind, einzig und allein durch Kwistigkeiten zwischen vier oder fünf deutschen amtlichen Stellen verhindert, die sich nicht darüber einigen können, welche von ihnen zur Verteilung dieser Kühe zuständig sei.

Ebenso beklagt sich die Quäkerorganisation, daß sie in keiner Weise bei der Ernährung der Schulkinder von deutschen Behörden unterstützt wird und im Gegenteil mit dem Widerstand fast aller beteiligten Stellen dauernd zu rechnen hat.

Streik gegen den Steuerabzug.

Auf der Zeche Westfalen in Ahlen kam es am Sonnabend zu einem Streik als Protest gegen den Steuerabzug und die Lebensmittelteuerung. Die Arbeiter wählten einen Betriebsrat, der an die Beamten der Zeche ein Ultimatum richtete, ihn bis Montag vormittag anzuerkennen. Die Beamten lehnten es ab, den neuen Rat anzuerkennen.

•

Arbeitslosendemonstration in Nürnberg. Am Sonnabendnachmittag veranstalteten etwa 1000 Erwerbslose vor dem Rathause in Nürnberg eine Kundgebung und verlangten Erhöhung der Unterstützungssätze. Eine starke Abteilung der Sicherheitswehr zerstreute die Teilnehmer ohne Zwischenfall.

Notizen.

Der drohende Bergarbeiterstreik in England. Der Times zufolge wird am 2. September eine Konferenz der Bergleute Großbritanniens abgehalten werden, auf der das Ergebnis der Abstimmung über einen allgemeinen Streik bekanntgegeben werden soll.

Serbisch-albanischer Krieg. Nach römischen Meldungen kam es bei Skutari zwischen Albanern und Serben zu einer Schlacht, bei der die Serben 250 Gefangene, darunter hohe Offiziere, verloren.

Betriebseinstellungen in Dänemark. Kopenhagen, 22. August. Infolge Absatzschwierigkeiten sind verschiedene große dänische Textilfirmen genötigt, ihren Betrieb einzustellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200823-11/fragment/page=0002

Wilson wieder wohl. Der Pariser New York Herald meldet aus Washington, daß der Präsident Wilson wieder vollkommen hergestellt sei.

Kommunistischer Wahlsieg in Serbien.

Berlin, 23. August. (Eigene Drahtmeldung.) Bei den Gemeindewahlen in Belgrad haben die Kommunisten große Siege zu verzeichnen. Sie erhielten 30 Sitze in der Stadtvertretung; der Bürgermeister der Stadt Belgrad muß deshalb der Kommunistischen Partei entnommen werden. In zahlreichen Gebieten Serbiens ist das Ergebnis ähnlich. In sieben weiteren Städten haben die Kommunisten die Mehrheit erhalten. Die bisherige Regierungspartei erlitt schwere Niederlagen.

Aus der Partei.

Heinrich Ströbel aus der Partei ausgeschlossen.

Die Freiheit berichtet: Ein auf Antrag der Ortsgruppe Steglitz vom Bezirk Teltow-Beeskow eingesetztes Schiedsgericht mit dem Genossen Krille als Obmann, fällte in Abwesenheit des Genossen Heinrich Ströbel (derselbe war trotz mehrmaliger Aufforderung nicht erschienen) einstimmig folgenden Schiedsspruch:

Genosse Ströbel hat sich in Wort und Schrift fortlaufend in einer Art und Weise gegen die programmatischen Erklärungen der Partei und ihre Politik gewendet, daß darin ein parteischädigendes Verhalten erkannt wurde. Aus diesem Grunde ist der Ausschluß Ströbels aus der Partei zu vollziehen.

Dem Ausgeschlossenen steht das Recht der Berufung an den Parteitag zu.

Kriegsverbrecher werden verfolgt!

Aber nur in Oesterreich! — nicht bei uns!

Die Wiener Arbeiterzeitung teilt mit, daß die „Kommission zur Erhebung über militärische Pflichtverletzungen im Kriege" eine Reihe von Offizieren dem Generalstaatsanwalt zur Strafverfolgung überwiesen hat. So den Generalobersten Erzherzog Josef Friedrich wegen Diebstahls von Kriegsbeutesachen, Waffen und Pferden, kirchlichen Einrichtungsgegenständen und kunstgewerblichen Stücken, der Feldmarschalleutnant Polorny wegen Mißbrauches der Gewalt, die Obersten Schramm-Perc und von Agosten wegen Diebstahls, Preisgabe von Kriegsmaterial und Verlassen des Dienstpostens, der Oberstleutnant Rackowitz wegen Mißbrauchs der Amts- und Dienstgewalt, die Oberleutnants Torök und Seiffertis wegen Diebstahls und wegen böswilliger Gefährdung der Mannschaft.

Dabei die Offiziere haben in geradezu bestialischer Weise gegen Mannschaften gehandelt, die ihrem Kommando unterstellt waren. Die Wiener Arbeiterzeitung berichtet, wie General Lütgendorff und Generaloberst Stoegar-Steiner standgerichtliche Todesurteile ohne Prüfung ihrer Voraussetzungen willkürlich bestätigten und deren Vollstreckung veranlaßten, wenn es sich um verhältnismäßig leichte Verfehlungen der Mannschaften handelte, wie die Weigerung eines Nagareners, Waffen zu tragen. Aufserdem werden zahlreiche andere Fälle ähnlicher Art aufgezählt. Offiziere dagegen, wenn sie wirklich vor ein Feldgericht kamen, kamen außerordentlich milde davon. So wurde die Mordtat des Leutnants Friedrich Helrich, der anläßlich eines wüsten Zechgelages eine Kellnerin erschoß, als „Trunkenheitsexzeß" mit Arrest von einem Monat bestraft und ihm zudem noch Strafaufschub gewährt. Dem Kommandanten der österreichisch-ungarischen Truppen in Frenchreich, Feldmarschall-Leutnant Greiffinger, wird nachgewiesen, die zuerst des Zusammenbruches in Wiesbaden errichtete österreichisch-ungarische Etappenstelle mit ihren ungeheuren Vorräten aus Besorgnis um die eigene Sicherheit verlassen zu haben usw.

Man darf gespannt sein, wie die österreichischen Gerichte diese Leute behandeln werden. Die Tatsache, daß man in Oesterreich überhaupt gegen die Offiziere vorgeht, die sich kriegsverbrecherisch gegen die ihrem Kommando Unterstellten vergangen haben, hebt sich erfreulich ab von dem, was wir in Deutschland erleben müssen. Hier laufen alle diese Kriegsverbrecher noch frei herum und keine Stelle denkt daran, gegen solche Leute überhaupt vorzugehen. In Deutschland besteht das System, verbrecherische Offiziere äußerst milde und gewöhnliche Sterbliche dafür um so barbarischer abzustrafen, besonders dann, wenn es sich bei Letzteren um rein politische Vergehen handelt, unaufhaltsam weiter. Man erinnere sich der Mordtaten eines Marloh, der Marburger Studenten und anderer ähnlicher Fälle.

Gewerkschaftliches.

Streikende in Königsberg.

Der große Streik in Königsberg, an dem fast sämtliche dortigen Betriebe beteiligt waren und der sich mehrere Tage auch auf die städtischen Betriebe erstreckte, ist am Sonnabend nach einer Dauer von beinahe 7 Wochen für beendigt erklärt, nachdem die Unternehmer den Schiedsspruch angenommen haben.

Arbeitsaufnahme auf der Dortmunder Union. Die Besprechungen, die zwischen der Direktion der Dortmunder Union und dem Betriebsrat sowie den Vertretern der Zentralgewerkschaften stattfanden, hatten das Ergebnis, daß ein Teil der Arbeiter die Arbeit wieder aufnahm. Die notwendigen Instandsetzungsarbeiten sollen so beschleunigt werden, daß morgen die ganze Gewerkschaft die Arbeit wieder aufnehmen kann.

Allerlei.

Deutschnationale Schlemmerbäder.

Die Insel Borkum ist bekanntlich judenrein: ein unglaublicher Terror hält alle deutschen Staatsbürger jüdischen Blutes von ihr fern. Dafür ist sie ein Sammelpunkt deutschnational gerichteter Geister, die sich dort von ihren antisemitischen Strapazen erholen. Wie, darüber gibt eine Mitteilung der bürgerlichen Rhein-Ems-Zeitung Auskunft, nach der am 17. August Badungsgäste 300 Stück Groß- und Kleinvieh in Emden nach Borkum verladen worden sind, wozu noch von anderen entlegenen Plätzen Schiffsladungen von Kiel kommen. Die Zeitung spricht davon, daß mit einer Gesamtbesucher- und Einwohnerzahl der Insel von etwa 8000 Personen in einer Woche 25—30 000 Pfund Fleisch konsumiert worden seien, während zu gleicher Zeit die Industriestadt Emden mit der Lieferung von Vieh, Butter und Eiern im Stich gelassen worden ist.

Die Hakenkreuzler werden bekanntlich nicht müde, dem deutschen Volke vom Schlemmer- und Wucherdasein der Juden zu erzählen und ihm zu sagen, wie gut es fahren würde bei Judenpogromen unter deutschnationaler Führung. Die Borkumer Gilde gibt ein praktisches Beispiel, das beweist, wozu die Juden vertrieben und die deutschnationalen Patrioten aus Ruder kommen sollen. — Man weiß von jeher, daß die Freßwerkzeuge der deutschnationalen Maulkrieger gut entwickelt sind. . . .

Die schwarze Schande im Saargebiet.

Saarbrücken, 21. August. (W. T. B.) In der Nacht auf den 19. August wurde der frühere Milchhändler und jetzige Gerichtsbeamte Feikert auf dem Heimwege von einer Versammlung von zwei farbigen Soldaten nach dem Personalausweis gefragt und sodann erschossen und beraubt. Der Erschossene hatte als man ihn auffand, noch den Personalausweis in der Hand. Die Mordtat hat in der Bürgerschaft große Erregung hervorgerufen.

Ueberschwemmungskatastrophe in Japan.

Nach aus Japan eingetroffenen Meldungen sind Ueberschwemmungen in einzelnen Teilen der Inseln Kiuschiu und Schikoku vorgekommen. Städte und Dörfer sind vernichtet. Es gab eine große Anzahl Toter.

Aus der Provinz.

Pachteinigungsämter.

Für das Gebiet des preußischen Staates ist auf Grund der Reichs-Pachtschutzordnung vom 9. Juni d. J. nunmehr eine Pachtschutzordnung mit Wirkung vom 20. Juli 1920 bis 30. Mai 1922 herausgegeben worden, welche Pachteinigungsämter, die bei den Amtsgerichten zu bilden sind, mit sehr ähnlichen Befugnissen, wie sie die Mieteinigungsämter haben, einsetzt und diesen die alleinige, nicht anfechtbare Entscheidung über Pachtverträge von Grundstücken, die zur landwirtschaftlichen oder gewerbsmäßigen gärtnerischen Nutzung verpachtet sind, hinsichtlich der Aufhebung, des Fortbestehens oder der anderweiten Festsetzung des Pachtzinses überträgt. Nach dieser Pachtschutzordnung können die Pacheinigungsämter bestimmen:

a) für Grundstücke unter 2,5 Hektar (also 10 Morgen):
   daß Kündigungen unwirksam werden und daß gekündigte Verträge bis zur Dauer von zwei Jahren fortzusetzen sind;
   2. daß, ohne Kündigung abgelaufene Verträge bis zur Dauer von zwei Jahren verlängert werden;
   3. daß Verträge vor Ablauf der vereinbarten Zeit aufgehoben werden;
b) für Grundstücke jeder Größe:
   daß Leistungen, die unter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht oder nicht mehr gerechtfertigt sind, anderweitig festgesetzt werden.

Entscheidungen der vorerwähnten Art dürfen von den Pachteinigungsämtern nur dann getroffen werden, wenn sich das Verhalten des einen Teiles als wucherische Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit oder unter Berücksichtigung der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse offenbar als eine schwere Unbilligkeit darstellt oder wenn es zur Folge hätte, daß der andere Teil in eine wirtschaftliche Notlage gerät.

Für Verträge, die gleichzeitig ein Arbeitsverhältnis enthalten, also z. B. landwirtschaftliche Arbeiter, gelten die gleichen Bestimmungen. Der Schlichtungsausschuß und das Mieteinigungsamt sind für die Entscheidung dieser Fragen ausdrücklich ausgeschlossen. Anträge, über die Wirksamkeit der Kündigung zu entscheiden, müssen sofort nach Eingang der Kündigung bei dem Amtsgericht (Pacheinigungsamt) gestellt werden, in dessen Bezirk das fragliche Grundstück ganz oder zum größten Teil liegt. Ebenso ist der Antrag, ein ablaufendes Pachtverhältnis zu verlängern, so frühzeitig zu stellen, daß auch die Interessen des anderen Teiles gewahrt werden können.

Wenn die Pachtzeit bereits abgelaufen ist, können die vorerwähnten Anträge nicht mehr gestellt werden. Eine Ausnahme hiervon machen jedoch die Verträge, die seit dem 1. Januar 1920 bisher abgelaufen sind. Wenn der Ablauf dieser Verträge für den Pächter eine besondere Härte darstelle und die Wiederherstellung des Pachtverhältnisses möglich ist ohne die Rechte eines dritten (also etwa eines neuen Pächters) zu beeinträchtigen, kann das Pachtverhältnis wieder hergestellt werden. Ein dahingehender Antrag muß aber bis spätestens 20. August 1920 gestellt werden. In allen Fällen, in denen das pachtfreigewordene Grundstück nicht vom Eigentümer bewirtschaftet wird, sondern wieder verpachtet ist, dürfte der Antrag auf Wiederherstellung zwecklos sein.

Die Pacheinigungsämter entscheiden in der Besetzung von einem Vorsitzenden (Juristen) und vier Beisitzern, von denen zwei Verpächter und zwei Pächter sein müssen, nach billigem Ermessen. Die Entscheidung ist nicht anfechtbar. Der ordentliche Rechtsweg ist ausgeschlossen. Zunächst soll Vergleich versucht werden, eventl. wird durch Beschluß entschieden. Vergleiche und Beschlüsse sind vollstreckbar. Gegen Parteien, deren persönliches Erscheinen angeordnet ist, wird, wenn sie ausbleiben (auch wenn sie vertreten sind) wie gegen ausgebliebene Zeugen verfahren. Haft darf nicht verhängt werden. Diese letzteren Bestimmungen betr. die Erzwingung des Erscheinens der Parteien ist m. E. im Interesse der Freiheit sehr zu bedauern. Derartige Sonderbestimmungen sind Rückschritte. Ein Versäumnisverfahren wie vor den ordentlichen Gerichten dürfte zur Erreichung des Zweckes vollständig ausgereicht haben.

Das Verfahren ist gebührenfrei, doch kann dem Teile, der mutwillig das Pacheinigungsamt anruft, eine Gebühr auferlegt werden. Wer die Auslagen trägt, bestimmt das Pacheinigungsamt. Parteien und Vertreterkosten werden nur in ganz besonderen Ausnahmefällen und beim Vorliegen eines wichtigen Grundes zugebilligt werden.

Im übrigen gelten die Bestimmungen für das Verfahren vor den Einigungsämtern vom 26. September 1918.

Sangerhausen. Die Stadtverordnetenfraktion der USP. hält heute, Montag, abend 7 Uhr, im Konsumbereim seine Sitzung ab; vollzähliges Erscheinen aller Stadtverordneten ist erforderlich.

Lossa. Neuer Zug auf der Finnebahn. Vom 1. Oktober an fährt vormittags von Cölleda bis Billroda ein Zug mit folgenden Fahrzeiten: Cölleda ab 5.00, Battgendorf ab 5.10, Großmonra ab 5.18, Ostramondra ab 5.27, Bachra ab 5.37, Kathenberga ab 5.49, Lossa ab 6.00, Billroda an 6.08.

Delitzsch. Eine mutige Tat vollbrachte ein Bureauschiffe der Stadthauptkasse, indem er unter eigener Lebensgefahr ein junges Mädchen im Alter von 17 Jahren vor dem Ertrinken im Werkstättenteiche rettete.

Torgau. Bei der Reichswehr hier am Ort stehen jetzt einige Studenten, die auf diese eigenartige Weise ihre Ferien verbringen. Die Musensöhne wissen also nichts besseres, als sich während der Mußezeit auf das militärische Mordhandwerk vorzubereiten. Sie wollen lernen, wie man die aufstrebende Arbeiterklasse niederzuschlagen. Offenbarlich wird es aber, daß es heute noch immer möglich ist, Reichswehrsoldat auf ein paar Wochen zu werden, wo man schon seit Monaten davon reden, daß die militärischen Formationen mehr Beständigkeit annehmen müssen. Auch das sieht nach einer verkappten Förderung reaktionärer Ziele aus. Wann endlich wird mit der Durchführung der schiffjährigen Verpflichtung beginnen? Das Torgauer Kreisblatt fürchtet diese bezeichnenderweise und jammert, daß dann für die Studierenden die Möglichkeit wegfalle, etwas vom Militärdienst zu lernen. Am liebsten möchte man anscheinend ein sogenanntes Krümpersystem von Anno dazumal eingeführt sehen, damit möglichst viele Waffenübte für nationalistische und reaktionäre Bestrebungen zur Verfügung stehen. Die organisierte Arbeiterschaft wird dies erbärmliche Gelüsten schon zu Schanden machen.

Annaburg. Kapitalistische Hochkonjunktur. Die Annaburger Steingutfabrik erzielte laut Rechenschaftsbericht für 1919/20 einschließlich 40 000 (116 000) Mk. Vortrag einen Bruttogewinn von 3,66 (2,57) Millionen Mark. Geschäftsunkosten erforderten 2,63 (2,04) Millionen Mark und Abschreibungen 281 000 (100 000) Mk. Aus dem Reingewinn von 784 000 (364 000) Mk. sollen 25 (15) Prozent Dividende verteilt und 107 000 Mk. neu vorgetragen werden. Wie die Verwaltung bemerkt, konnte die Produktion durch Einstellung von Oefen auf Holzfeuerung gesteigert werden. Das Kolmarer Werk, das nach dem Friedensabkommen veräußert oder liquidiert werden muß, ist noch im Besitz der Gesellschaft, die sich die Wahrung der hierfür festgesetzten Frist angelegen sein lassen wird. In der Bilanz erhöhten sich Bankguthaben auf 1,69 (0,96) Millionen Mark, Debitoren auf 1,5 (0,34) Millionen Mark, Kreditoren stehen mit 2,03 (0,55) Millionen Mark zu Buche. Die Werke sind gut beschäftigt, und es liegen ansehnliche Aufträge vor.

Beiersdorf. Ein Blitzschlag traf am Donnerstag nachmittag ein an der Bahnstraße gelegenes Einfamilienhaus und zündete. Das Gebäude ist völlig ausgebrannt, nur die Grundmauern stehen noch. Die Bewohner sind durch den Brand schwer geschädigt. Das Gebäude gehörte der Eisenbahnverwaltung und war erst im vorigen Jahre neugebaut worden.

Bockwitz. Bericht vom Ortsausschuß A. D. G. B. Die vereinigte Gewerkschaft Bahlingen und Hohenzollern hatte mitgeteilt, daß sie den Verkauf von Trikotwaren selbst übernommen habe. Sie bat um Unterstützung durch Abnahme von Waren, die unter Tagespreis verkauft werden. Der Arbeiter-Samariterbund Berlin war um Entsendung eines Referenten angegangen worden; er verwies an eine Nachbarkolonne und schickte zugleich Flugschriften zur Aufklärung. In die Kommission, die die Vorarbeiten für die Gründung einer Arbeiter-Samariterkolonne erledigen soll, wurden die Kollegen Otto, Knöfel, Schöne, Stetz und Weber gewählt. Diese nehmen Anmeldungen für die Kolonne entgegen. Eine längere Ansprache beschäftigte sich mit der Aufstellung eines Gewerkschaftssekretärs. Dem Vorsitzenden und dem Kassierer wurden für ihre Tätigkeit Entschädigungen von je 25 Mk. pro Quartal bewilligt. Der Festbeitrag für das am 5. September stattfindende Gewerkschaftsfest beträgt für weibliche Teilnehmer 50 Pf., für männliche 1 Mk.; den Vertrieb der Festabzeichen haben die Unterkassierer übernommen. Um 1 Uhr ist Antreten auf dem Marktplatz, hierauf Umzug nach dem Festplatz. Rede und Massensoli der Arbeiter-Gesangvereine werden den Auftakt bilden, weitere Mitwirkende sind der Arbeiter-Turn- und -Sportverein sowie der Radfahrerklub. Unterhaltungen jeder Art für Erwachsene und Kinder sind vorgesehen, bei eintretender Dunkelheit wird ein Fackelzug veranstaltet. Abends von 6—12 Uhr findet auf allen Sälen des Ländchens großer Festball statt. Ueber das am 1. Oktober zu übernehmende Volksbad wurde ausführlich gesprochen. An der Arbeiterschaft des Ländchens wird es nun liegen, ob sein eigenes Heim so angenehm wie möglich ausgestattet wird. Zum Schluß noch die Mitteilung, daß durch die Bergbauindustriellen der Lohntarif gekündigt worden ist.

Mückenberg. Der Zuzug von auswärts ist gegenwärtig besonders stark. In der letzten Zeit sind im Monat durchschnittlich 50 Personen zugewandert. Da die Bautätigkeit fast vollständig ruht, nimmt die Wohnungsnot bei dem starken Zuzug immer mehr zu. Bisher ist nur ein einziges Wohnhaus in der Dollsthaider Straße gebaut worden. Nur die umliegenden Werke setzen ihre Bautätigkeit fort. Die Einwohnerzahl des Ortes hat sich auf 3600 erhöht, mit dem Gutsbezirk auf fast 4000, so daß Mückenberg nunmehr zu den größten Orten im Kreise zählt.

Leuna. Freitod auf den Schienen. Am Freitag fand sich am Tunnel der Thüringer Strecke ein junger Mann vom daselbst drauenden Eisenbahnzug überfahren. Dem Lebensmüden wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt. Streckenpersonal, das die Absicht des jungen Mannes bemerkt hatte, konnte die Tat nicht mehr verhindern, da der Zug nicht mehr rechtzeitig zum Halten gebracht werden konnte. Wie die Untersuchung ergab, handelt es sich bei dem Selbstmörder um einen 20jährigen Arbeiter aus Merseburg, der dieser Schicht anscheinend in geistiger Umnachtung vollzogen hat. Die Leiche wurde mittags nach Leuna geschafft.

Soziales.

Eine Interessengemeinschaft aller Lungenkranken.

Am 25. Juli d. J. fand im Restaurant von Pilz, Berlin, Rosenstraße 27, eine Zusammenkunft Berliner Lungenkranker statt. Zu dieser Zusammenkunft war auch eine Abordnung der gesamten Berlin erschienen.

Nachdem von den Anwesenden die Möglichkeit einer Aenderung in der Fürsorge für Lungenkranke reichlich diskutiert wurde, kam man zu dem Entschluß, eine Interessengemeinschaft aller Lungenkranker zu bilden.

Um eine Einheitlichkeit des Vorgehens und des Handelns herbeizuführen, ist es dringend erwünscht, wenn sämtliche Heilstätten-patienten Deutschlands sich durch ihre Patientenräte mit dem provisorischen Vorsitzenden in Berlin in Verbindung setzen. Es wäre zweckmäßig, wenn auf diese Weise die neue Interessengemeinschaft aller Lungenkranker Situationsbilder aus dem Heilstättenwesen bekommen würden. Diese Berichte dürften allerdings nur Tatsachenmaterial enthalten, müssen also so objektiv wie nur möglich abgefaßt sein. Wo keine Patientenräte gewählt sind, müssen die Wahlen sofort vorgenommen werden.

Die nächste Sitzung der Interessengemeinschaft aller Lungenkranker findet am 22. d. M. vormittags 1/10 Uhr, zu Berlin im Restaurant von Pilz, Rostockerstraße 27, statt. — Anfragen sind zu richten an Paul Hennig, Berlin NW 87, Wielestraße 36.

Briefkasten.

Nach Pisterritz. Wenden Sie sich an das Patentamt Berlin.

Amtliche Wetteransage.

Dienstag, den 24. August: Ziemlich trübe, mäßig warmes Wetter mit Regen.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Paul Hennig; für Wirtschaftliches, Gewerkschaftliches und Unterhaltungsblatt: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Werner Schulem; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte: Otto Kilian; für Anzeigen: Fritz Krod; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Sachsen Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Harz 42-44.

Sprechstunden für auswärtige Partei- und Gewerkschaftsmitglieder nur vormittags von 11 bis 1 Uhr; für in Halle wohnende nur nachmittags von 4½ bis 7 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Werbt neue Abonnenten.

Reeller Einkauf aller Felle und Häute durch die 1961 **Fellannahmestelle Halle (Saale), Henriettenstr. 31.**

Kreolbrüh 1951 Brus vernichtet radikal Läuse Nach Herbst-geruchlos Flasche 3,00 Mark, zur Kur ausreichend. In Kreolseifen u. Teergeren zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an Neopharm, Hannover 46

Gebr. Betten zu verk. Yorkstr. 2 II. 3035

Mittwoch, den 25. Aug., vormittags, steht ein großer Transport **Ferkel** im Mansfelder Hof in Halle billig zum Verkauf. 1355

Kohlemann, Töchenthurm.

Aufpolstern von Sofas u. Matr. billig bei Hecht, Gr. Märkerstr. 4, H. II. 3039 1951 Mittelstraße 5.

1 Maßfeganze u. Konsuganze bei Lost's Hof verl. Wiederbringer erhält Belohnung. Mont. Schnerr, Prinzenstr. 26 II. 1341

Altmessing zum höchsten Preise kauft jedes Quantum. **H. Krummhaar,** Bronzewarenfabrik, Gr. Märkerstr. 4, H. II.

Frauen aller Stände können viel Geld verdienen durch den Verkauf eines 1358 **hygien. Artikels.** Offerten unt. G. F. 178 an Ala-Hansenstein & Vogler, Magdeburg.

Kleine **Rähmaschinen,** auch nähende, kauft Hecht, Gr. Märkerstr. 4, H. II.

Brosche (2 goldene Hufeisen mit vier weiß. Steinch.) von Bennstedt, d. Feldweg n. Cölme, Zappendorf, Müllerdorf bis Bahnhof Fienstedt am Sonntag, den 15. Aug. 1920, verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung abzugeben bei 1359 **Gebr. Wege,** Eisdorf (Mansf. Seekr.).

Achtung. Deutscher Schäferhund entlaufen. Gegen hohe Belohnung abzugeben, vor Ankauf wird gewarnt. **Köthel, Passendorf.** 1360 Hallesche Str. 3a.

Wäsche 3078 zum Waschen und Plätten wird angenommen. **Frl. Damm,** Krukenbergstr. 13, pt. r.

Arbeitsmarkt.

Einen tüchtigen **Glaser** (Rahmenmacher) sucht **Richard Staub,** 1345 Zörbig.

Jg. Friseurgehilfen sof. ges. **Hermann Schnelle,** 3094 Merseburger Straße 53.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200823-11/fragment/page=0003

Versammlungs-Anzeiger USPD.

Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24. Wochentags geöffnet von 9—1 und 4—7 Uhr. — Sonnabends nachmittags geschlossen. — Fernsprecher 1473. 3095

Funktionärsitzung.

Mittwoch, den 25. August, abends 6 Uhr, im „Volkspark". Anschließend daran:

Vorstandssitzung.

Donnerstag, 26. August, abends 7½ Uhr:

Mitgliederversammlung.

DEUTSCHER METALLARBEITER VERBAND

HALLE A. S. FERNRUF — HARZ 42/44 — № 1726

BÜROZEIT 11-1, u. 4-6. — SONNABEND 9-2

Mittwoch abend 7 Uhr im Volkspark:

Versammlung aller Schmiede.

Tagesordnung:
1. Bericht von der Schmiedekonferenz.
2. Verschiedenes.

Um vollzähliges Erscheinen bittet

3093 Die Ortsverwaltung.

Ammendorf.

Dienstag, den 24. August, abends 8 Uhr, im Gasthof zur Eiche:

Sitzung des Ortskartells.

Dazu sind sämtliche Delegierte und Helfer zum Kinderfest eingeladen. Es ist Pflicht, recht zahlreich zu erscheinen, da die letzten Vorbereitungen zu dem am Sonntag stattfindenden Fest getroffen werden müssen. Kinderkarten sind für Ammendorf und Beesen beim Genossen Wollmann abzuholen. *1547

Erwachsene besuchen die Anatomie DER MENSCH

Nur noch bis einschl. Sonntag, d. 29. August

Wintergarten, Magdeburger Str. 66.

Täglich früh 9 bis abends 10 Uhr. — Eintritt Mk. 1.00. 3098

Achtung!

Auf vielseitigem Wunsch!

Nur einen Tag!

Schafwolle

gewaschen und ungewaschen, sowie reinwollene Strumpfstoffe tausche ich am

Mittwoch, den 25. August, vorm. von 9 bis 1 Uhr, im Gasthof Zum gold. Herz

gegen meine prima Strickgarne in allen Farben ein. Ein Besuch lohnt sich. 3106

Der diesmalige Eintausch findet bestimmt statt!

Leo Montag, Wolle und Garne.

Mühlhausen i. Th.

Chesterfield

Nebo, Camel,

Happi Hit, Fairfax 3081

für Wiederverkäufer

Poststraße 6, K. Gimpel.

Chesterfield

Piedmont, Amerikan-Beauty, Iceberg, Glacksons, Navy Cut, Salem, Manoli, Camel u. a. Marken mehr, sowie rein Uebersee-Zigarren v. 70 Pf. an.

3103 Zigarillos . . 45 Pf. das Stück.

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

A. M. Berndt, Alte Promenade 6.

Gr. Ulrichstr. 51. — Fernsprecher 4681.

Erstaufführung für Mitteldeutschland

Rich. Eichbergs gewaltiges Monumentalwerk:

Der Fluch der Menschheit!

2 Teile! Der 1. Teil 2 Teile!

Die Tochter der Arbeit!

5 spannende Akte. 3101

Vorführung: 4.45 6.50 9.00 Uhr.

Einlass 3½ Uhr. Beginn 4 Uhr.

Wochentags auf allen Plätzen bis 5 Uhr nachm. kleine Preise bei vollem Programm!

Auf dem Rossplatz!

Figur 8 Bahn

Letzte Woche. *1557 Ermäßigte Eintrittspreise.

Original Wills Goldflake

in grossen Posten eingetroffen,

per Mille **530** Mark.

Offeriere ausserdem **deutsche Zigaretten.** Sämtliche Fabrikate für Wiederverkäufer zu Fabrikpreisen mit 1½ Proz. Skonto.

Kihnbaum, Tabakwaren-Großhandlung,

Böllberger Weg 6. 3104

Amtliche Bekanntmachungen

Städtischer Verkauf von Rohgulasch, Milchsüßspeise, Milchpulver und Malzextrakt

in der Talamtschule am Dienstag, den 24. August cr.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 61 501—66 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 66 501—72 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes 1 Kilo-Dose Rohgulasch zum Preise von 11 Mk., 2 Pakete Milchsüßspeise zum Preise von 55 Pf. für 1 Paket, 100 Gramm Milchpulver zum Preise von 1,60 Mk., und 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4,30 Mk. abgegeben werden.

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Dienstag, den 24. August. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 72 501—74 000, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 74 001—76 500, nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1,00 Mk. abgegeben.

Die Gewerbetreibenden der nachstehend aufgeführten Straßenteile werden hiermit aufgefordert, soweit es noch nicht geschehen, ihre Meßgeräte, möglichst auf einmal, sauber gereinigt und die Eichstempel ausgebürstet, innerhalb der aufgeführten Fristen, an den Montagen und Donnerstagen von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, auf dem hiesigen Eichamte, Kirchnerstraße 19, einzuliefern. Zur Erleichterung der Einlieferung der Meßgeräte sowie zur Vermeidung ihrer längeren Inanspruchnahme durch das Eichamt kann die Einlieferung durch Mittelspersonen (Wagenbauer) erfolgen, die bei den Gewerbetreibenden vorsprechen und auf Wunsch Ersatz für die abgegebenen Meßgeräte gegen angemessene Gebühren stellen.

In der Woche vom 6. bis 11. September 1920: Trotbaer Straße 1 bis 42. In der Woche vom 13. bis 18. September 1920: Trotbaer Straße 43 bis 80, Seebener Straße 38 bis 49. In der Woche vom 20. bis 25. September 1920: Brachwitzer Str., Schleusenstraße, Göthestraße, Saalwerderstraße, Oppiner Str., verlängerte Oppiner Straße, Grube Ernst, Köthener Straße, Plan. In der Woche vom 27. September bis 2. Oktober 1920: Bahndoßstraße, Mötzlicher Str., Petersbergstraße. — Die Polizeiverwaltung.

Sangerhausen

Bezug von Auslandszucker.

Den Gemeindebehörden sind die Zuckermarken über Auslandszucker zum Verteilen an die Verbraucher zugegangen. Die Verbraucher haben die Zuckermarken an der bezeichneten Stelle abzutrennen und zur Vormeldung an den Kleinhändler abzugeben, wo sie in die Kundenliste eingetragen sind. Die Marken gelten nicht, wie aufgedruckt, über 250 Gramm Auslandszucker, sondern es muß darauf, wie von der Provinzialzuckerstelle festgesetzt, 375 Gramm Zucker vom Kleinhändler ausgegeben werden. Der Preis dieser Menge beträgt 5,55 Mk. Auslandszucker können nicht erhalten Sommerfremde, Urlauber und vorübergehend anwesende Personen. Die Kleinhändler werden nochmals darauf hingewiesen, daß die abgegebenen Abschnitte genau mit der Menge Zucker übereinstimmen müssen, die zur Ausgabe gelangt. Verstöße werden wegen Unzuverlässigkeit mit Schließung des Geschäfts bestraft.

Sangerhausen, den 20. August 1920.

*1552 Der Kreisausschuß. Kasparek.

Ausgabe neuer Kohlenkarten.

Im Laufe der nächsten Woche werden im Zimmer 5 des Rathauses die neuen Kohlenkarten mit dem Aufdruck 6 ausgegeben. Es empfangen von der Kundenliste Schreckte: am 23. August von 7—12 Uhr vormittags die Nr. 1 bis 300, von 2—5 Uhr nachmittags die Nr. 301—500, am 24. August von 7—12 Uhr vormittags die Nr. 501—800, von 2—5 Uhr nachmittags die Nr. 801—1154. Die Karten enthalten wieder Abschnitte über 20 Zentner. Familien die bereits mit 20 Zentner Braunkohlen, Briketts, Koks usw. versorgt sind, sind nicht berechtigt, eine Kohlenkarte zu empfangen. Um bei den vorstehenden und den folgenden Ausgaben einen allzugroßen Andrang zu vermeiden, werden die Hausbesitzer ersucht, die Karten für sich und ihre Mieter zusammen durch eine Person empfangen zu lassen. Ausweiskarten sind mitzubringen. Die Ausgabe von Brennstoffen auf die neue Karte erfolgt nach Belieferung der jetzigen Karte. Mit Beginn der Belieferung des Abschnittes 1 der Karte 6 werden Kohlen auf Karte 5 nicht mehr ausgegeben. In Zukunft müssen die Kohlen auf die jeweils ausgeschriebenen Abschnitte innerhalb 4 Wochen abgeholt werden, andernfalls die Abschnitte verfallen.

Sangerhausen, den 20. August 1920.

*1545 Der Magistrat. Brüninghaus.

Ernteschätzung 1920.

Bei der diesjährigen Ernteschätzung für die Stadtgemeinde ist folgendes Ergebnis festgestellt worden: Weizen: Winterfrucht 22 Doppelzentner pro Hektar, Sommerfrucht 20 Doppelzentner pro Hektar. Roggen: Winterfrucht 14 Doppelzentner pro Hektar, Sommerfrucht 12 Doppelzentner pro Hektar. Gerste: Winterfrucht 20 Doppelzentner pro Hektar, Sommerfrucht 20 Doppelzentner pro Hektar. Hafer: 16 Doppelzentner pro Hektar.

Sangerhausen, den 20. August 1920.

*1544 Der Magistrat.

Unter dem Viehbestande des Bahnwärters Friedrich Bender, hier, Hüttenstr. 43 b wohnhaft, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Sangerhausen, den 20. August 1920.

*1543 Die Polizeiverwaltung.

Eine Geldtasche mit Inhalt gefunden.

Sangerhausen, den 21. August 1920.

*1542 Die Polizeiverwaltung.

Der Landwirt Friedrich Kreß von hier beabsichtigt, auf seinem außerhalb der Stadtlage von Sangerhausen — zirka 50 Schritt von der Gipsfabrik des Kaufmanns Publmann — gelegenen, etwas über 2 Morgen großen Grundstück am Walkberg ein Wohnhaus zu errichten, und hat zu diesem Zwecke beantragt, ihm die nach dem Gesetze vom 10. August 1904 (Gesetzsammlung Seite 227) erforderliche Ansiedlungsgenehmigung zu erteilen. Wir bringen Vorstehendes mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß gegen den Antrag von den Eigentümern, Nutzungs- und Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Frist von 21 Tagen beim Kreisausschuß, hier, Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch sich durch Tatsachen der im § 15 bezeichneten Art (Gefährdung des Schutzes der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- oder Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd usw.) begründen läßt.

Sangerhausen, den 19. August 1920.

*1540 Die Polizeiverwaltung.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird hierdurch auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (Reichsgesetzblatt S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt: Nachdem die Maul- und Klauenseuche unter den Viehbeständen der Besitzer Gutsbesitzer Richard Schobeß, Landwirt Bruno Walter, Richard Winter, Gärtnereibesitzer Weißbrod in Walhausen, Gutsbesitzer Udo Schobeß in Nicolausrieth, Mühlenbesitzer Hermann Winkler und Gutspächter Franz Gerlinghoff in Sangerhausen festgestellt ist, wird hiermit über die verseuchten Gehöfte die Gehöftssperre verhängt. Die durch die viehseuchenpolizeiliche Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 13. Juli 1920 (Sangerhäuser Zeitung, Stück 173, Kyffhäuser Zeitung, Stück 171, Halleisches Volksblatt, Stück 178) erlassenen Anordnungen, insbesondere die der §§ 4, Ziffer 4 und 5, sind genau zu beachten.

Sangerhausen, den 18. August 1920.

*1526 Der kommissarische Landrat. Kasparek.

Mus-Töpfe

in allen Größen

Konservengläser

¼ ½ ¾ 1 Liter
2,45 2,65 2,95 3,65 Mk.
1½ 2 Liter
4,35 4,95 Mk.

Sobel, Steinweg 45. Grillichstr. 9. Reilstr. 1 Ammendorf Bah.-Hofstr. Cöthen: 5084 Schalaunischestraße 8.

Alleinstehende, ältere Frau, mit eigenem Bett, sind Aufnahme in Arbeiterfamilie bei freier Kost und Wohnung. 3102 Dessauer Str. 4, part.

Delitzsch

Die Ausgabe der Zusatz-Zuckermarken für Kinder bis zu 4 Jahren für die Monate August, September und Oktober erfolgt vom 24. bis 27. August, vormittags von 8 bis 12 Uhr, im Lebensmittelamt. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Delitzsch, den 21. August 1920.

*1551 Der Magistrat.

Städtischer Lebensmittel-Verkauf.

36. Woche vom Dienstag, den 24. August an.

Butter, 35 Gramm für 1,10 Mk. Käse, Dienstag, den 24. August, je 1 Stück für 80 Pf. auf Abschnitt Nr. 122 der Lebensmittelscheine Nr. 4166 bis Schluß. Haferflocken, lose, das Pfund zu 1,40 Mk., soweit noch vorhanden, markenfrei. Kartoffeln auf Kartoffelkarten-Abschnitte der 6. Woche 10 Pfd. das Pfund für 40 Pf. Kondensierte Vollmilch, markenfrei, die Dose zu 8,50 Mk. bei Diez, Günther, Immisch, Konsumverein, Reichel, Reime, Roskoden, Seidel, Simon, W. Schramm, Spiegler, Mehle, Rich. Werner, Ferd. Winkler. Krankenbrot bei Bergmann, Wiesenstraße, Otto Hennig, Töpfergasse, Heinig, Kreuzgasse und Tannenberger, Dübener Straße, auf Weißbrotkarten für Kinder und Kranke 325 Gramm für 98 Pf. Nährmittel für Kinder, Kranke und Personen über 70 Jahre auf Weißbrotkarten wöchentlich ½ Pfund Haferflocken in Paketen 2,10 Mk., lose 1,40 Mk. das Pfund in den bisherigen Bäckereien. Speisesirup das Pfund zu 1,90 Mk., soweit in den Verkaufsstellen noch vorhanden, markenfrei. Talg auf Butterkartenabschnitte der 36. Woche je 50 Gramm für 1,20 Mk.

Delitzsch, den 21. August 1920.

*1550 Der Magistrat.

Ulster, Cutaway, 2 schick. Westen, 2 Paar Herrenschuhe, Gr. 41, Eisteigewagen zu verk. 3092 Kl. Gosenstr. 3 pt., Langer.

2 Paar Kinderschuhe, Gr. 30, zu verk. Merseburger Str. 101, II. r. 3088

Kinderwagen zu verk. 3086 Mühlberg 7.

Aus frisch eingetroffenen Waggons:

Nur Dienstag:

Kabeljau ohne Kopf Pfund **270** Pf.

Scholle groß 370 Pf. Scholle klein 225 Pf.

Neue Vollheringe Pfund 260 Pf.

Nordsee Große Ulrichstraße 58. Telephon 1275 u. 1274.

Weg mit der Plage!!!

In einer Stunde vertilgen Garantie Kopf- und Kleiderlläuse Sie unter Brut, Wanzen, Flöhe b. Mensch u. Tier. „Eskolda", d. gesch. M. Wundunschädl. Verk. Schurig, Steinweg 10. Reilst. 37 Ammendorf: Halleschest. 84

Wanzen vertilgt radikal Eskolda B.

Keine Wanze mehr. Kammerjäger Berg's Radikalmittel

Nicodaal. Erfolg verblüffend. — Restlose Vertilgung.

Beste Zeit zur Brutvernichtung.

Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. Doppelpackung Verkauf Drog. C. Kuhnt, Gr. Ulrichstr. 51. *955

Bitte ausdrücklich „Nicodaal" zu verlangen.

Bekanntmachung.

Am 21. August abends zwischen 9½ und 10 Uhr, ist auf der Grube Fürstenberg bei Wansleben der fast neue, 19 m lange, 150 mm breite und 8 mm dicke

Treibriemen

zum Antrieb des Ventilators am Broseschacht gestohlen worden. Als Täter kann nur eine ortskundige Person, zweifellos der Belegschaft der Grube Fürstenberg angehörend, in Frage kommen. Wir setzen hiermit

2000 Mk. Belohnung

für denjenigen aus, der uns Angaben machen kann, die zur Ermittlung des Täters führen. Die Verteilung der Belohnung findet unter Ausschluß des Rechtsweges statt. *1586

Riebeckische Montanwerke A.-G.

Grubenverwaltung Oberröblingen a. S.

Apollo-Theater Tägl. 8 Uhr

Der Schlager des Nelldorf-Theaters zu Berlin

„Eine Nacht im Paradies"

Operette in 3 Akten von W. Bromme.

Kaufe Nähmaschinen wenn auch nicht nähend. Breitestr. 23a. 1 Tr. 3094

Ia. Hafer alter Ernte sofort billigst lieferbar. 3095

Eiverge, e. G. m. b. H., Gr. Märkerstr. 5. Fernspr. 6356.

Eheleute Unerreicht sind Damenlob-App., sicherster u. bequemster Frauenschutz, 1 St., m. Gebr-Anw. und Prospekt Mk. 18,— einschließl. Postgeld. *1154 Versandgeschäft „Fixna" Cordes, Boizenburg a. Elbe, Bahnhofstr. 19.

Der Film der Sensationen:

Der Kindesraub im Zirkus Buffalo.

— 6 Akte. —

Leipziger Str. 68

Alte Promenade 11a

Ossi Oswalda im Lustspiel

Kakadu und Kiebitz in 4 Akten.

Menschen von heute. Schauspiel in 5 Akten. Grete Freund und Felix Basch.

3100 Beginn 4 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192008 23-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 23. August 1920.

Zur Urabstimmung in der Rätefrage.

Obwohl jedem Einsichtigen längst klar ist, welche Haltung die überwiegende Mehrheit der Hallischen Arbeiterschaft in der Frage der Zusammenfassung der Betriebsräte einnimmt, kommt die Debatte und die Streitigkeit immer noch nicht zum Schweigen. Glaubte man nach der großen mitteldeutschen Vollversammlung vom 13. Juni an eine Verständigung, die von den Anhängern der parteipolitischen Räte-Organisation herbeigesehnt, so hatte man sich sehr getäuscht. Nun ging der Kampf der Geister erst richtig los, und die Gewerkschaftsinstanzen dachten gar nicht daran, sich den Beschlüssen zu fügen, obwohl eine Mitgliederversammlung nach andern sie desavouierte. Dann kam die Konferenz vom August, die derartig stark von allen Vertretern der Arbeiterschaft besucht war, daß ein Zweifel über den Willen der Hallischen Arbeiterschaft an diesem Abend mit der größten Heiterkeit aufgenommen worden wäre.

Das Gewerkschaftskartell nahm nun zur Situation Stellung und faßte, leider unter Abwesenheit von zwei Dutzend Verbänden einen Beschluß, nochmals eine endgültige Entscheidung herbeizuführen und am 29. August eine Urabstimmung vornehmen zu lassen.

Wenngleich nun die Tatsache feststeht, daß in der jetzigen Situation die Urabstimmung nur eine überflüssige Geldausgabe für die Gewerkschaften bedeutet, so wäre es doch wohl am klügsten gewesen, wenn die Betriebsräte sich dem einmal gefaßten Beschluß angeschlossen hätten. Wir wollen nicht verhehlen, daß wir den Beschluß der Vollversammlung vom vorigen Freitag, sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen, für einen großen Fehler halten. Gerade die Gegner der VMO. werden über diesen Beschluß sich gefreut haben! Gibt er ihnen doch die Gelegenheit, den Betriebsräten vorzuwerfen, sie fürchteten die Urabstimmung und wollten nicht den Willen aller Kollegen in den Betrieben sprechen lassen. Gewiß, jeder vernünftige Mensch weiß, daß dieser Vorwurf sinnlos ist, aber erhoben wird er aus demagogischen Gründen doch. Wenn nun am nächsten Sonntag die Abstimmung vorgenommen wird, so werden die Anhänger der Gewerkschaftsvorstände natürlich vollzählig zur Wahl gehen, während wenigstens ein Teil der Arbeiter zu Hause bleiben wird, weil er sich nach dem Beschluß der Betriebsräte richtet. Was ist die Folge? Wenn unsere Gegnerschaft Obstruktionspolitik betreiben, bekommen die paar Anhänger der gegnerischen „Räte" vielleicht eine kleine Mehrheit und werden daraus ganz falsche Schlüsse ziehen. Oder die Mehrheit der Anhänger der VMO. wird eine nicht allzu große sein, so daß die Gegner immer noch das Recht haben, wieder irgend welche Vorstöße zu machen. Eine Schädigung der Sache der VMO. auf alle Fälle mit dem Beschluß vom Freitag verbunden.

Wir fordern die Betriebsräte auf, ihre Haltung in dieser Frage einer ernsten Prüfung zu unterziehen. Wir wissen wohl, daß von gewisser Seite Versuche im Gange waren, auch die Bedeutung der Abstimmung von vornherein abzuschwächen. Aber eine gewaltige Tatsache für die VMO. am 29. August würde eine ungeheure moralische Unterstützung der Rätefrage bedeuten. Noch ist es Zeit, eine Nichtbeteiligung zu beschließen, die wir jedem Anhänger der einheitlichen Räteorganisation zur Pflicht machen möchten!

Das Verhalten des Magistrats Halle bei Entlassungen.

Aus Kreisen der Hilfsbeamten wird uns geschrieben: Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß bei den Behörden und Kommunen zahlreiche Kriegsaushilfen eingestellt wurden, um die erhöhte Arbeitslast zu leisten. Seit einiger Zeit ist nun ein scharfer Kampf entbrannt, denn die Kriegsaushilfen (Hilfsangestellte) sollen angeblich dem Abbau der Zwangswirtschaft zum großen Teil entlassen werden, was an sich natürlich erscheint; die Sache hat doch aber einen Haken. Wenn man in die diesjigen Betriebe des Magistrats hineinsieht, wird man finden, daß überall mehr Arbeit zu bewältigen ist, als geschafft werden kann, und wir glauben, den hiesigen Dienststellenleitern ist recht traurig zu Mute, wenn sie an die Zukunft denken, denn geschafft soll die Arbeit werden, wie, dem Magistrat egal, und wenn die Arbeit mit nach Hause genommen werden soll und Ueberstunden ohne Vergütung gemacht werden müssen. Man kann seit langen Monaten beobachten, daß nicht tatsächlich geschickt und dabei das teure Licht in den Bureaus verschwendet wird. Es ist richtig, wenn der Versuch zur Sparsamkeit gemacht wird, nur muß man diesen nicht auf die wirtschaftlich Schwächeren abwälzen, daß man durch die Verlängerung der Arbeitszeit nun 140 und mehr Kriegsaushilfen (Hilfsangestellte auf die Straße setzt, wie es der Magistrat beabsichtigt. Wenn man in die Betriebe hineinsieht, findet man, daß nicht alles so ist, wie es sein sollte, und hier wäre im Falle von Entlassungen zunächst einmal einzusetzen. Da sitzen viele junge Damen, nicht immer Kriegsaushilfen oder Hilfsangestellte, die während des Krieges oder kurz vor dem Kriege beim Magistrat ihre Einzug hielten, und es fertiggebracht haben, bald fest angestellt zu werden, d. h. auf Privatdienstvertrag. Hier sind es, wie man es behaupten, sehr viele, die es anscheinend garnicht für hatten, einem Erwerb nachzugehen. Betrachtet man die Familienverhältnisse genauer, dann sind die Eltern in guten, teilweise in sehr guten Verhältnissen, und könnten ihre Vaterlandsliebe hier dadurch erweisen, daß sie ihre Töchter die Uebergangszeit ihres genügend unterstützten und damit Stellen für Kriegsteilnehmer für Verheiratete und sonst wirtschaftlich Schwächere frei machen. Daß der Magistrat es zuläßt, daß sogenannte Beamtentöchter, ja selbst Magistratsbeamtentöchter seit Jahren in solchen Stellungen tätig sind, ist sehr bezeichnend. Selbst der Hallische Demobilmachungskommissar scheint, wir sagen ausdrücklich „scheint", hier machtlos zu sein und die Regierung unterstützt ihn scheinbar durch Stillschweigen. Aehnlich, aber noch krasser, treten die Fälle bei einzelnen männlichen Hilfsangestellten, d. h. solchen, die erst durch Tarif zu Hilfsangestellten wurden, hervor. Da ist trotz Demobilmachungskommissar, trotz Regierung, trotz aller Eingaben der Angestelltenvertretungen noch immer Herren in bezeichneten Stellungen, die ihre Stellungen im Magistrat nur als Nebenbeschäftigung auffassen können. Herren mit ziemlich hoher Pension, Herren mit 50 000 bis 70 000 Mk. Vermögen, die ihr Nebengeschäft nach wie vor ausführen. Herren mit Einnahmen von drei bis vier Quellen, aber Intimusse der Dienststellenleiter und höheren Beamten und deshalb „unentbehrlich", weil scheinbar für den anderen Hilfsangestellten „nur" Kaufleute sind, die auch schon mal viele Jahre vor dem Kriege größere Betriebe geleitet haben und scheinbar derartige Posten nicht ausfüllen können. Ja, der Papst zum Schwager hat, kann Kardinal werden. Wiedieel Hilfsangestellte gibt es, die im Kriege alles verloren und in bitterste Not geraten würden, wenn sie von der Stadt entlassen würden, diese Rücksicht kennt unser Magistrat nicht. Die Hauptsache heißt hart Geld, sei es auch auf Kosten anderer. Will man sparen, dann soll man es am richtigen Ende anfassen; sortiert man einmal genau unter den fest angestellten und teilweise Hilfsangestellten (Kriegsaushilfen) selbst, auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse, dann könnten unseres Wissens nach, wenn in allen Umständen Entlassungen vorgenommen werden sollen, wenigstens in gerechter Weise erfolgen.

Es wäre überhaupt notwendig, der Magistrat kümmerte sich um die Betriebe, hauptsächlich um die Kriegswirtschaftsstelle. Da scheint es uns doch, als wenn es da höchst notwendig einmal eine gründliche Revision vorzunehmen. Im Laufe der Zeit könnten wir noch mehrere interessantere Details anführen, verzichten aber darauf, in der Erwartung, daß diese Anregung in der Oeffentlichkeit genügen wird, die Verhältnisse in gerechter Weise zu ändern.

Die Hallesche Bäckerinnung

gibt in der Morgenausgabe der Saalezeitung vom 19. August an, was sie veranlaßt hat, das Backgeld zu erhöhen. Wir hätten uns damit abgefunden, wenn das dort Angegebene den Tatsachen entsprechen würde, weil das aber nicht der Fall ist, können wir es nicht unwidersprochen hinnehmen. Sie rechnet uns da vor, daß zum Aufmachen und Backen eines Kuchens eine dreiviertel Stunde Arbeitszeit gebraucht würde. Da erlauben wir uns schon anzuführen, was in der Zwischenzeit von Aufmachen und Backen eines Kuchens getan wird? Oder darf sich der Geselle bei dem einen Kuchen solange dabei setzen, bis dieser gebacken ist und beginnt dann erst wieder mit der Arbeit? Wer das wagen wollte, würde sehr bald zum Tempel hinausfliegen. Wir sind der Ueberzeugung, daß in dieser Zeit ca. 10 Kuchen gemandelt und dann zusammen gebacken werden können. Die Hausfrauen kennen ja das aus eigener Anschauung, und von uns wird die Innung nicht verlangen, daß wir ihr diese Erzählung glauben sollen. In Wirklichkeit ist es doch so, daß die Kuchenbäckerei außer den „Backtagen" eine Nebenarbeit, Nebeneinnahme und ein Nebenverdienst ist. Wird nun aber diese Zwischenzeit zur Herstellung des Brotes verwendet, so wird diese Rechnung auch eine andere. Wir können aber der Innung nachweisen, daß ihre Brotrechnung auch zahlenmäßig nicht stimmt. Sie rechnet: 50 Brote à 60 Pf. Backgeld = 30 Mk., für Lohn 16,50 Mk., für Heizung 7,50 Mk., Streumehl und Licht 1,50 Mk., für Abnutzung und Spesen 3 Mk. Das ergibt Unkosten 28 Mk. und bliebe Nutzen 2 Mk. Ach nein, Herr Obermeister, es bleiben dann nur noch Nutzen 1,50 Mk. So wenig wie zahlenmäßig richtig gerechnet worden ist, ebensowenig richtig sind die Rechnungen im allgemeinen. Vielmehr sind wir der Meinung, daß an 50 Broten, alle Unkosten gerechnet, ein Nutzen von 8 Mk. bleibt, wenn der Meister und ein Geselle dabei tätig sind; es wird aber der Nutzen um 5 Mk. höher, wenn anstatt des Gesellen ein Lehrling mit arbeitet. Daß die Kuchenbleche, die, wenn pfleglich behandelt, Generationen alt werden, auch die Schwindsucht bekommen, ist uns ganz was neues. Das war bei der ewig währenden Nachtarbeit und langen Arbeitszeit eine stark auftretende Krankheit unter den Bäckergesellen. Wenn aber damit gemeint sein sollte, daß die Bleche entwendet werden, so können sich die Bäckermeister unter Namensnennung und Pfandnahme dagegen schützen, und wir sehen nicht ein, daß ehrliche Hausfrauen die entwendeten Bleche mitbezahlen sollen. Soviel wie wir wissen, kosten diese Bleche 30—35 Mk. Größere Backofenreparaturen kommen doch höchstens im Jahre einmal vor; kleinere werden gewöhnlich vom Meister oder vom Gesellen oder Lehrling ausgeführt. — Die Innung nimmt wohl die 75 Mk. für Kost und Logis auch beim Lehrling in Anspruch, aber mit der Gegenleistung nimmt sie es weniger genau, wie die fortgesetzten Klagen beweisen. Hartnäckig weigert sich ein großer Teil der Meister, die Entschädigung von 5, 10 und 15 Mk. zu zahlen, obgleich diese im Protreis auch mit eingerechnet ist.

Daß der Bäcker-Innung die Handwerksretter, die Bundesgesellen, beispringen würden, war vorauszusehen. Diese Herren stellen sich in den Hallischen Nachrichten Nr. 181 den Hallischen Hausfrauen als noch größere Rechenkünstler vor. Und diesen Blödsinn läßt die Innung unwidersprochen, obgleich sie doch eine ganz andere Rechnung aufmacht. Es werden die Hausfrauen gut tun, sie bezahlen freiwillig ein noch höheres Backgeld da, wo Bundesgenossen beschäftigt sind, damit diese nicht noch mehr von Meisters Gnaden abhängen. Wer wissen will, wo solche Schädlinge der Arbeiterbewegung beschäftigt werden, kann es von uns erfahren.

Wir können die aufgestellten Behauptungen, reihenweise die angeführten Gründe, die die Veranlassung zu der Erhöhung des Backgeldes sein sollen, noch mehr widerlegen. Das hier Angeführte wird aber genügen, um zu beweisen, daß diese Behauptungen nicht stichhaltig sind, und daß Leute, die auch etwas davon verstehen, die Berechtigung dafür verneinen.

Verband der Bäcker und Konditoren Halle (Saale).

An die Gewerkschaftsvorstände.

Für die am Sonntag, den 29. August, vormittags 9 bis 12 Uhr, stattfindende allgemeine Urabstimmung über die Betriebsrätefrage werden zur Besetzung der 22 Abstimmungslokale eine größere Anzahl zur Leitung der Abstimmung geeignete Gewerkschaftsgenossen benötigt. Da während der Abstimmung mindestens in jedem Lokale drei Genossen zugegen sein müssen, ersuchen wir alle Gewerkschaftsvorstände, uns bis spätestens Donnerstag, den 26. August, drei bis vier geeignete Genossen, wenn möglich, Vorstandsmitglieder, zu bestimmen und uns schriftlich oder mündlich die Namen mitzuteilen. Gewerkschaftsfunktionäre, welche sich zur Leitung der Abstimmung am Sonntag freiwillig zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, sich umgehend beim Vorsitzenden des Kartells im Gewerkschaftshaus, Harz 42-44, III. Zimmer 20-30, zu melden. Für die gesamten Abstimmungsleiter findet am Sonnabend, den 28. August, im Gewerkschaftshause, Zimmer 14, eine gemeinsame Sitzung statt, in welcher die Besetzung der einzelnen Lokale erfolgen und das Abstimmungsmaterial ausgegeben werden soll.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells Halle.
J. A.: Emil Winkler.

---

* **Metallarbeiter.** Mittwoch, abends 7 Uhr, im Volkspark: Versammlung der Schmiede. Die Vertrauensmänner werden gebeten, die Handzettel im Bureau abzuholen. Die Ortsverwaltung.

* **Transportarbeiterverband.** Auf die morgen, Dienstag, abends 1/8 Uhr, im Volkspark stattfindende allgemeine Mitgliederversammlung sei hierdurch nochmals hingewiesen. Die Mitglieder aller Gruppen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Verbandsleitmarken ist mitzubringen. Die Ortsverwaltung.

* **Studentische Arbeiterunterrichtskurse.** Hörer für Deutsch III, Raumlehre, Physik, Geschichte, Staatsbürgerkunde, Mittwochs, abends von 8—10 Uhr, Hermannschule, Zimmer 10; Gabelsberger, Dienstags und Freitags, abends von 8—9 Uhr, Hermannschule, Zimmer 10; Altgriechisch, Stolze-Schrey II und Französisch I werden noch angenommen. Ebenso können sich in jeder Stunde der übrigen Lehrgänge noch Hörer melden, auch nach Beginn und während der Stunde.

* **Die Erhöhung der Haftpflichtrenten.** Durch das Sinken des Geldwertes sind zahlreiche Unfallrentner in eine drückende Notlage geraten, die nach Möglichkeit durch eine der Geldentwertung angepaßte Erhöhung gesteuert werden muß. Die Haftpflichtrenten, die entweder durch gerichtliches Urteil oder durch Vertrag oder Vergleich vereinbart sind, gewähren dem Rentenempfänger einen Rechtsanspruch auf Erhöhung der Rente. Sollte der Vertrag oder Vergleich keine ausdrücklichen diesbezüglichen Bestimmungen enthalten, so ist zwar ein Rechtsanspruch nicht vorhanden, aber eine Erhöhung der Rente würde trotzdem aus Billigkeitsgründen in Frage kommen. Bei den Eisenbahnunfallrenten ist jetzt festgestellt worden, daß die Rentenhöhe neu bestimmt werden soll, wenn eine durch das Sinken des Geldwertes verursachte Notlage anerkannt werden muß. Die neue Festsetzung der Renten soll formlos im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium und mit Genehmigung des Reichsverkehrsministers erfolgen. Die entsprechenden Erhöhungen erfolgen unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs. Die entsprechenden Anträge dürfen jedoch nur die laufenden Renten umfassen; Vereinbarungen, denen Kapitalabfindungen zugrunde liegen, werden nicht erhöht.

* **Die Christen legen Leimruten.** Das gewaltige Emporwachsen der freien Gewerkschaften läßt die christlichen Gewerkschaftsführer nicht schlafen. Ehe ihnen alle Schäfchen davonlaufen, wollen sie noch zu retten suchen, was zu retten ist, und sie überstürzen sich dabei in den gewagtesten Jongleurkünsten, die ein gut Stück Geld kosten. Unter anderem haben sie sogar das Wagnis begonnen, hier in Halle einen wahrhaftigen Bezirkssekretär anzustellen. Dieser, ein Mann namens Richter, hat sein Domizil in der Wohnung des hiesigen bekannten Führers des hiesigen sogenannten christlichnationalen „Gewerkschaftskartells", Fleischerstr. 27, aufgeschlagen und versucht nun von dort aus seine christlichen Leimruten auszuwerfen. Die städtischen Straßenbahner erschienen ihm zuerst als geeignet, auf den Leim zu kriechen. Zu diesem Zwecke hatte Richter vorige Woche an ein und demselben Tage gleich zwei Straßenbahnerversammlungen nach dem Weißbierkasino unter ganz verfänglicher Einladung einberufen. In beiden Versammlungen waren dies Führers des hiesigen sogenannten christlichnationalen Richtung, ihm unsweideutig zu verstehen zu geben, daß er hier mit seinem Beginnen auf Granit beiße. Als weiteren Gimpelfänger hatte sich Richter seinen Bruder in Christo, einen ebenfalls christlichen Bezirksleiter mit Namen Wittekind aus Bamberg kommen lassen. Dieser versuchte in echt demagogischer Weise durch seine Ausführungen zu beweisen, daß alles Heil und aller Segen der Welt für die Straßenbahner nur bei dem christlichen Verband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner läge. Im weiteren Verlauf der Versammlungen wurden Wittekind sowie auch seine Trabanten Richter, Zwanzig usw. von allen Diskussionsrednern so heimgeführt, daß alle zusammen abends in später Stunde in den Ruf ausbrechen konnten: „Herr, wir haben den ganzen Tag gearbeitet und nichts gefangen!" Daß diese Leutchen dann in echt christlicher Moral tags darauf in der Halleschen Zeitung einen Bericht über die betreffenden Versammlungen zum besten gaben, der gerade das Gegenteil von dem behauptete, was sich dabei ergeben hatte, das nimmt nicht wunder. Wenn die Herren christlichen Arrangeure in den beiden Versammlungen sowie auch in der Oeffentlichkeit durch Flugschriften dann sich weiter noch damit brüsteten, daß es ihnen gelungen sei, mit dem hiesigen Magistrat für ihre Mitglieder in den städtischen Betrieben einen Tarifvertrag abzuschließen, so wird auch dieses an zuständiger Stelle noch auf den richtigen Wert zurückgeführt werden. Derartige Behauptungen und Maßnahmen richten sich selbst. Die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen werden solchen Helden, wo immer sie auch aufzutreten suchen, den Laufpaß geben, denn eine ganze Weltanschauung trennt sie von den Treibern solcher Gimpelfänger. Die freien Gewerkschaften werden ihre Wege und Ziele wie bisher weiter verfolgen. Das 8½-Millionenheer der freigewerkschaftlich Organisierten wird weiter anwachsen und wird über die sogenannten christlichen Gewerkschaften zur Tagesordnung übergehen.

* **Nachrichten über Gefangene in Rußland.** Durch die fortlaufend aus Rußland und Sibirien heimkehrenden ehemaligen Gefangenen ist es gelungen, Nachrichten aus den dortigen Lagern und über die noch Gefangenen zu erhalten. Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, Berlin SW. 68, Lindenstraße 35, veröffentlicht diese Nachrichten in seinen „Mitteilungen" und ist auch bereit, den Angehörigen Auskunft zu geben, soweit die Anfragen letzterer sich auf nachweislich in Gefangenschaft Geratene beziehen und ein Lager bezw. eine Stadt in Rußland, Sibirien, Turkestan, genannt werden kann, aus der der Betreffende aus der Gefangenschaft geschrieben hat. Desgleichen fertigt der Volksbund über solche Gefangene mit Photographien versehene Suchlisten aus, die den Heimkehrenden in den Durchgangslagern und auf den Schiffen vorgelegt und auch nach Moskau gesandt werden. Gesuche um Ausfertigung der Suchlisten, denen die genauen Personalien und Photographie sowie das russische Lager, aus dem die letzte Nachricht stammt, beizufügen sind, können bis zum 15. September der Bundesleitung in Berlin eingesandt werden.

* **Das Häuschen am Brunnen.** Das angekündigte Singspiel von A. Stamper mit der Musik von unserem ehemaligen Kapellmeister des Stadttheaters, Karl Röhren, erlebte im Kurtheater zu Helmstedt seine Erstaufführung. Leider ist es nicht möglich, ein abschließendes Urteil zu fällen. Die üblichen technischen Mängel bei einer Kleinbühne beeinträchtigten das Spiel sehr. Trotz alledem hielt sich die kleine Schar auf der Bühne tapfer. Besonders die Soubrette, ein Magdeburger Gast, riß im flotten Tempo das Spiel fort. Viel schwieriger gestaltete sich die Lage des Komponisten am Dirigentenpult. Alle Anstrengungen mußten dem eisernen Nichtkönnen der Musiker gegenüber versagen. Das Stück selbst läßt keine Langeweile aufkommen. In einfachen Rahmen paßt sich die Musik der noch einfacheren Handlung des Libretto's an. Ein Singspiel im wahren Sinne des Wortes. Das übervolle Haus spendete reichen Beifall und zwang auch den Komponisten mehrmals vor die Rampe. Die beiden Verfasser sowie die Direktion können mit dem Erfolg zufrieden sein. Eine Frage sei erlaubt: War es denn nicht möglich, dieses Hallische Musenkind in der Heimat aus der Taufe zu heben?

F. R.

* **Wagen-Diebstahl.** Am 18. August wurde in der Ludwig-Wucherer-Straße vor der Aktienbrauerei ein größerer Handwagen, ziemlich neu, nicht gestrichen, an einer Leiter ist eine Sprosse angebrochen, gestohlen. In dem Wagen befanden sich 2 ältere gelbe Wachstuchdecken und eine weiße Decke gez. A. M. Wer über den Verbleib des Wagens und der Decken Auskunft geben kann, wird gebeten, seine Wahrnehmungen der Kriminalpolizei, Dreyhauptstr. 4, Zimmer 71 oder 20 mitzuteilen.

* **Wer kennt den Toten?** Am 20. August 1920 wurde eine unbekannte männliche Leiche in der Saale, unterhalb der Saalschloßbrauerei, gelandet. Beschreibung: 1,60 m groß, kräftige Gestalt, dunkelblondes, gelocktes Haar, Anzug von dunklem Schnurrbart. Kleidung: Dunkles Jackett mit 2 großen Knöpfen an jeder Seite und an den Aermelaufschlägen, schwarze Weste, schwarz- und graugestreifte Hose, Trikothemd, schwarze Strümpfe, leinenes Vorhemd, Gummistiehlragen, dunkler, blaugestreifter Schlips und gute schwarze Schnürschuhe. Wer über den Toten Auskunft geben kann wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Zimmer 20 oder 21, zu melden, wo ein Lichtbild ausliegt. Der Tote hatte eine Monatskarte der Leipziger Außenbahn, auf den Namen Kurt Schmidt, bei sich.

Ammendorf. Gemeindevertreter-Sitzung. Am Freitag, den 20. August, fand im Teichmannschen Lokale in Ammendorf eine Gemeindevertreter-Sitzung statt. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen und Anfragen wurde beschlossen, dem Gesetz vom 7. Mai 1920 betr. Erhebung von Zuschlägen zur Grundervwerbssteuer, wonach die Gemeinde ½ Prozent erhält, zustimmen. Von der Anbringung eines Schutzgitters vor dem Schachtgrabendurchlaß wurde Abstand genommen, jedoch soll bei anliegenden Einwohnern verboten werden, Asche, Müll und dergleichen in den Schachtgraben zu schütten. Die Tore des Spritzenhauses in Beesen sollen repariert werden. Sodann wurde die Wahl einer Kommunalisierungskommission vorgenommen. Die bürgerlichen Vertreter konnten im Anfang die Notwendigkeit einer solchen nicht einsehen, nach geniügender Belehrung stellen aber auch sie ein Mitglied in die Kommission. Ein Antrag der Handarbeitslehrerin in Planena auf Erhöhung ihrer Bezüge wurde vertagt. Dagegen erhielten die Angestellten und Arbeiter der Gemeinde Gehaltserhöhungen. Eine Neuregelung der Dienstreisenentschädigungen für Beamte und Angestellte der Gemeinde wurde vorgenommen. Die im Orte befindlichen Gräber der ausländischen Kriegsgefangenen sollen gepflegt und mit Kreuzen versehen werden. Bei der Bepflanzung von Ackerbeeten wurden die Grundsätze dahingehend geändert, daß die Beiträge, welche darin enthalten sind, auf das Zehnfache erhöht wurden. Auch das Fuhrwesen wurde von seiten der Gemeinde dahin geregelt, daß einheitliche Sätze für die Bezahlung der Fuhren angenommen wurden. Zwei neuangelegte Straßen wurden mit Namen versehen. Dem Antrag der Wohnungskommission auf Errichtung von Notwohnungen wurde stattgegeben; außerdem wurde zu diesem Zwecke der Ankauf eines größeren Grundstücks beschlossen. Zum Schlusse wurde der Antrag auf Bewilligung eines Gemeindezuschusses für eventl. Teilnahme an den Lehrgängen zur Ausbildung von Fortbildungsschullehrern abgelehnt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200823-11/fragment/page=0005

Leben • Wissen • Kunst

Fabrikbesuch in Sowjet-Rußland.

Das nachstehende Kapitel ist den Tagebuchblättern Moskau 1920 von Alfons Goldschmidt entnommen, die kürzlich im Verlag von Kowohlt (Berlin) erschienen sind.

Die russische Wirtschaft kann man nicht beherrschen. Wenigstens heute noch nicht, denn heute noch ist sie unübersehbar. Es ist ein Riesengebiet mit tausend Unterschiedlichkeiten des Arbeitscharakters, der Rohstoffvoraussetzungen, der Verkehrsmöglichkeiten, des Klimas, der Seelenverfassung.

Draußen, am Außenring Moskaus, am Ende der Karl-Marx-Straße, liegt eine kleine Fabrik, die sogenannte russisch-amerikanische Fabrik, betrieben und verwaltet von russischen Arbeitern, die in den Vereinigten Staaten Qualitätsarbeiter geworden sind. Eine Fabrik mit 120 Arbeitern. Es ist eine Werkzeugfabrik mit guten Maschinen, mit guter Leitung und mit guten Kräften. Ich sah Präzisionsresultate, wundervolle Millimeterarbeit, einfühlsame, abgepaßte, angepaßte Stahlstücke, sauber geschnitten, prächtige Bohrer und dergleichen. Die Einrichtung dieser Fabrik ist noch nicht vollendet, aber die schon vorhandene Einrichtung zeigte deutlich den Qualitätscharakter dieser kleinen Fabrik. Es war für mich ein Vermischungsspiel ein Beispiel der Erziehung russischer Arbeiter durch fremde Technik. Es ist das ein sehr wichtiges Problem für die russische Industrie wie für die russische Landwirtschaft.

Ein sehr freundlicher, sehr arbeitsfroher Arbeiter empfängt mich. Es war Frühstückspause. Und zwar Essenspause. Mittags gegen ½1 Uhr. Die Arbeiter und Arbeiterinnen aßen gemeinsam. Es gab eine Fischsuppe, Fischa, Brot und Tee. Das Essen war reichlich und genießbar. Der Besuchführer war durchaus zufrieden mit den Löhnen und der Verpflegung. Hier gab es erbeitsche Prämien, denn es wurde Qualitätsarbeit geleistet. Man erzählte mir von Monatslöhnen bis zu 15 000 Rubel bei guter und freier Verpflegung und bei Lieferung von Arbeitskleidern und Zuschußlebensmitteln zu niedrigen Preisen. Die Lohnsumme ist noch keineswegs zu hoch bei der geringen Kaufkraft des Geldes. Die meisten Arbeiter in Moskau erreichen sie nicht, die Angestellten erst recht nicht. Aber man kann nicht von einer wirklichen Hungersnot sprechen. Das wäre übertrieben. Deutschland hat schlimmere Kriegszeiten durchlebt, wenigstens die deutsche Großstadt.

Hier sah ich Arbeiter in der Normalarbeitskleidung. Weite braune Kittel mit etwas plüdrigen Hosen, aber aus haltbarem Stoff. Es sind Schutzanzüge Schonanzüge. Sie sollen in Zukunft allgemein verteilt werden. Sie haben Aehnlichkeit mit den französischen Bauarbeiteranzügen. Sie sind bequem, der Arbeiter kann sich in ihnen bewegen. Ich blieb ungefähr eine Stunde in der Fabrik.

Am folgenden Tage besuchte ich mit einem Fabrikrusleiter die Prochoroff-Manufaktur bei Moskau, eine der größten Textilfabriken Rußlands.

Die Fabrik lag still, da kein Brennmaterial vorhanden war. Die Arbeiter reparierten und bewahrten den technischen Apparat. Wir gingen durch eine Controlle am Eingang der Fabrik. Ein Mitglied des Fabrikkomitees, begleitet von Spezialisten, führte uns.

Es war alles in bester Ordnung. Die Maschinen laufbereit, die Webstühle und Spindeln sauber, für und fertig für den Betrieb. Alles ausgerichtet, reihenmäßig, säulenang. Oel troff und wurde täglich erneuert. Die Antriebsmaschinen waren geputzt die Lampen waren geschrubbt und verrichtet. Die Schutzvorrichtungen waren tadellos. Sämtliche Werkstätten, Bäckerei, Maschinenhaus, Schaltbrett, alles stimmte. Die Fabrikarbeiter waren froh auf den Zustand der Fabrik und konnten stolz sein. Nur Brennmaterial, und der Riesenapparat funktionierte ein prächtiges Tempo. Die Leitungen spannten, die Höfe wurden gefegt, viele kehrte. Alles wartete sehnsüchtig auf Brennmaterial.

Man zeigte uns die Tuchlager. Ungeheure Ballenmöße in Hallen und in Fabrikräumen. Genau registriert. Der Trustleiter machte eine Registrierprobe. Sie stimmte. Es war nichts vorbereitet für uns, unser Besuch wurde erst anzemeldet kurz bevor unser Automobil abfuhr. Das heißt ungefähr eine halbe Stunde vor Ankunft in der Fabrik. Es war also keine Vorspiegelung, es waren Tatsachen.

Ich sah gute, einfache Baumwollstoffe. Ungeheure Mengen. (In der Fabrik Rinbel bei Moskau sind die Stoffe ähnlich.) Ich sah farbige, bedruckte Gewebe. Hübsche Muster. Es waren die bekannten Moskauer Tuche, die vor dem Krieg auch schon in Deutschland erschienen. Die Moskauer Textilindustrie ist eine durchaus modern eingerichtete Industrie, sie hat die besten Maschinen und die besten Methoden.

Dann besuchten wir den Speisesaal und die Küche. Ein großer Raum. Es wird schichtweise gegessen. Die Küche war gescheuert, die Kessel waren geschrubbt. Demnächst sollen neue Kessel eingebaut werden. Im Speisesaal Sowjetinschriften und Aufführungsgelegenheiten. Ein Meetingsaal.

Die Prochoroff-Fabrik ist eine kleine Fabrikstadt, eine der großen russischen Manufakturen, die Städte sind. Das heißt die Arbeiter wohnen in der Fabrik. Der Besitzer wohnte auf dem Fabrikgelände, in einer Villa, die jetzt proletarisches Kinderheim ist. Die Arbeiterwohnungen sind Kasernen und heißen Kasernen. Auch heute noch. Durchschnittlich wohnen in einem Zimmer sechs Personen. Die Arbeiter könnten bequemer wohnen, sie könnten größere Wohnungen in der Stadt haben, aber sie wollen auf dem Fabrikgelände wohnen. Der Arbeitsbequemlichkeit halber. Es ist ja nur ein Uebergang. Aber dieser Uebergang ist schon bedeutsam. Denn die Sauberkeit ist in die Kasernen eingezogen. Die Zimmerböden blitzten: das Bettzeug war durchaus nicht schmuddelig, die Kleidung von Mann und Frau war reinlich. Hier haben die Gesundheitspädagogen gute Arbeit getan. Die Gesundheitspädagogen in den Fabrikkomitees, die keinen Schmutz mehr dulden wollen.

Die Badeäfen und Riesenteewasserkessel stehen vor den Etagengängen der Kaserne. Arbeiterfrauen backen und besorgen das Teewasser. Frauen und Männer waren gut gekämmt. Angesehrte habe ich nicht gesehen.

Die Schulkinder (Schule und Spielplätze sind auf dem Fabrikgelände) werden im Sommer zur Erholung aufs Land gebracht. Die Villa des früheren Besitzers ist jetzt ein Kinder- und Säuglingsheim. Mit vielen Betten, mit glücklichen Schwestern, mit Spielsaaren, mit Spielsälen, mit Kinderbesuch, mit allem, was ein Kleinkopf wünscht.

Ich weiß nicht, wieviel Fabriken in Rußland derart mustergültig eingerichtet sind. Die Prochoroff-Fabrik ist eine Musterfabrik in jeder Beziehung. Es ist ein Jammer, daß die Eisenbahn mobil belastet und auch sonst leistungsschwach ist. Keinen Augenblick dürfte eine solche Fabrik stillstehen. Keinen Augenblick brauchte sie stillzustehen, denn die Arbeiter der Fabrik wollen arbeiten rufen die Arbeit und hoffen jeden Tag auf die Arbeit. Nach dem Rundgang lud man uns in das Sitzungszimmer des Fabrikkomitees.

Das ganze Fabrikkomitee mit dem Vorsitzenden war beisammen. Man erzählte von der Waffenweitedienung der Fabrik gegen die Konterrevolutionäre, und man zeigte sich bereit die Fabrik wieder neu zu Waffen zu verteidigen, wenn die Konterrevolution noch einmal angriffe. Die Arbeiterschaft dieser Fabrik hat die Fabrik, die Macht über die Fabrik, tatsächlich erobert.

Es gab Fragen und Antworten. Wir fragen nach den Aufgaben des Fabrikkomitees, nach der Geschichte der Fabrikrationalisierung, nach dem Einfluß der Gewerkschaften auf die Administration der Fabrik, nach dem Einfluß der kommunistischen Fraktion in der Fabrik. Die Antworten waren klar, sehr bestimmt, fließend heruntergesagt. Ich hatte durchaus den Eindruck, verwaltungsfähige, leistungsqualifizierte Arbeiter vor mir zu haben. Kontrollbefähigte Arbeiter. Diesen Eindruck hatte ich durchaus. Ich weiß nicht, in wievielen Fabriken Rußlands die Arbeiter leistungsbefähigt sind, aber die Arbeiter der Prochoroff-Manufaktur bei Moskau sind verwaltungsqualifiziert.

Ich hörte von russischen Arbeitsmängeln, ich sah russische Arbeitsmängel, ich werde davon noch sprechen. Aber die Arbeiterschaft der Prochoroff-Manufaktur gab mir die hohen Arbeitshoffnungen für Rußland. Erziehungshoffnungen, Qualifizierungshoffnungen. Noch ist Rußland nicht verloren.

14]

Jimmie Higgins.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Upton Sinclair.

III

Genosse Gerritz rief zur Ordnung und versuchte, die Tagesfragen zu erledigen. Es wurde das Protokoll der vorhergehenden Versammlung verlesen, über die Aufnahme neuer Mitglieder abgestimmt, dann erhob sich Genossin Mary Allen, um für das Leitungskomitee Bericht zu erstatten. Die Summe war beisammen, die erste Nummer des „Arbeiter" würde im Verlauf der nächsten Woche erscheinen; nun gelte es für alle Mitglieder, die Propagandabroschüre zu betreiben. Genossin Mary, mit dem mageren, begeisterten Gesicht der religiösen Fanatikerin, steckte alle mit ihrem Enthusiasmus an.

Alle, außer dem Rechtsanwalt Norwood. Seit Dr. Service die Ortsgruppe verlassen hatte, war er der hauptsächlichste „proaktive" Störenfried. Er erzing sich nun in einer kleinen Rede. Die Mitteilung, daß das nötige Geld so schnell zusammengekommen sei, habe ihn angenehm überrascht, doch wären ihm auch gewisse Zweifel aufgestiegen; er habe Erkundigungen eingezogen und entdeckt, daß hinter der Sache ein Geheimnis stecke. Es war verkündet worden, die neue Wochenschrift werde den Streik der Empire-Arbeiter fordern; und selbstverständlich wisse heutzutage jeder, wer die unbeilvollen, gewaltigen Mächte sind, die in Munitionsfabriken Streiks organisieren.

Der Wilde Bill sprang von seinem Sitz auf: „Hat der Genosse etwas dagegen einzuwenden, wenn die Munitionsarbeiter den Achtstundentag fordern?"

„Nein," entgegnete Norwood, „selbstverständlich nicht; wenn wir aber zusammen mit anderen in den Kampf ziehen, so müssen wir wissen, wer sie sind und was für Ziele sie verfolgen. Es wurde mir mitgeteilt — man scheint die Sache ungern zu sagen — daß ein Mann eine große Summe gegeben hat, und niemand weiß, wer der Mann ist."

„Es ist ein Organisator der ASF!" schrie Jimmies Stimme durch den Raum. In seiner Erregung hatte er völlig sein Versprechen, das Geheimnis zu wahren, vergessen.

„Wirklich?" fragte Norwood, „wie heißt er?"

Keine Antwort.

„Hat er seine Papiere vorgewiesen?"

Erneutes Schweigen.

„Ich will keine Verdächtigungen . . ."

„O nein, Sie begnügen sich mit Andeutungen," warf der Wilde Bill ein.

„Ich will nur, daß die Ortsgruppe genau wisse, worauf sie sich einläßt. Es ist in Leesville kein Geheimnis, daß Geld verausgabt wird, um in der Empirefabrik Unruhen anzuzetteln. Zweifellos ist das Geld bereits durch viele Hände gegangen, beiden es aus den Taschen des Kaisers floß, doch dürfen wir gewiß sein, daß seine Hände es dem von ihm gewünschten Ziel zuführen."

Wilder Lärm brandete auf. „Pfui!" „Erbringen Sie Beweise!" „Werft ihn hinaus!" Die „wilderen" Mitglieder hatten sich schon lange Norwoods entledigen wollen; dies schien eine günstige Gelegenheit zu sein.

Der junge Advokat jedoch beharrte auf seinen Worten, gab Schlag um Schlag zurück. Sie verlangten Beweise? Hätten sie von einer kapitalistischen Verschwörung erfahren, die bezwecke, die Gewerkschaften der Stadt zu vernichten, würden sie dann auch Beweise fordern? Und wenn der Herald in diesem Falle nach Beweisen schrie, was würden sie denken?

„Kurzum," brüllte Schneider, „Sie halten jeden Verdacht für gerechtfertigt, bloß, weil es sich um Deutschland handelt!"

„Ich weiß, daß er gerechtfertigt ist," erwiderte Norwood, „weil ein Streik Deutschland zum Siege verhelfen würde. Da braucht man gar keine weiteren Beweise; verbilft eine bestimmte Sache Deutschland zum Siege, so weiß man, daß für sie gearbeitet wird. Ihr Deutsche wißt dies am allerbesten, ja, ihr seid sogar stolz darauf, prahlt mit eurer Tüchtigkeit!"

Wieder tönte ein Pfuirufe auf, diesmal aus Mary Allens Munde; sie schien einen Chor erwartet zu haben, blickte sich verwirrt um, da alle schwiegen.

Der junge Norwood, der seine deutschen Genossen auf kannte, lachte höhnisch. „Eure Regierung verkauft Pfandbriefe in Amerika, der Ertrag soll angeblich den Familien der Gefallenen und den Invaliden zugute kommen. Auch in unserer Stadt sind solche Pfandbriefe gekauft worden. Glaubt ihr denn wirklich, die Familien der Gefallenen und die Invaliden werden einen Cent von diesem Gelde erhalten?"

Diesmal blieben die Deutschen die Antwort nicht schuldig. „Ich glaube es!" rief Genosse Koeln. „Ich auch!" „Ich auch!" stimmten andere ein.

„Das Geld bleibt in Leesville," behauptete der Advokat, „und wird verwendet, um in der Empirefabrik einen Streik zu organisieren."

Ein Dutzend Leute verlangte das Wort; Schneider ergriff es, weil er lauter zu schreien verstand, als alle anderen. „Was will der Genosse?" schrie er. „Ist er gegen den Achtstundentag?"

„Ist etwas von dem Geld des alten Granitch in seine Tasche geflossen," gellte Bills Stimme auf, „oder weiß er noch nicht, daß Granitch gewandte junge Advokaten bezahlt, damit sie ihm helfen, seine Munitionsfabriken zur Arbeit zu treiben?"

IV

Norwood hatte das Fett ins Feuer geworfen, nun ließ er es eine Weile prasseln und schmoren. Als die Deutschen ihn verhöhnten, weil er nicht den Mut habe, seine wahre Meinung auszusprechen — nämlich, die Ortsgruppe möge sich der Forderung des Achtstundentages entgegenstellen —, lachte er sie aus. Er hatte sie dazu bringen wollen, sich bloßzustellen, und es war ihm gelungen. Sie waren nicht nur bereit, für den Kaiser zu wirken, sondern nahmen auch des Kaisers Geld an!

„Des Kaisers Geld?" rief der Wilde Bill. „Ich nähme für propagandistische Zwecke sogar des Teufels Geld an!"

Der alte Hermann Forster erhob sich und sprach mit seiner sanften, empfindsamen Stimme. Selbst, wenn der Kaiser für derartige Zwecke Geld herausgabe, werde er bald einsehen, daß ihm dies wenig nütze. Man dürfe nicht vergessen, daß auch in Deutschland Sozialisten . .

Ein schrilles Lachen unterbrach ihn; Genosse Claudel, ein belgischer Goldarbeiter, fiel ihm ins Wort. „Diese zahmen deutschen Sozialisten! Kein Haar fürchtet solche Revolutionäre! Sie fressen dem Kaiser aus der Hand, ihre Zeitung wird als Regierungspropaganda in den Schützengräben verteilt. Ein Belgier weiß, was deutsche Sozialisten wert sind!"

Derart spalteten die europäischen Nationalitäten die Leesviller Ortsgruppe in zwei Teile. Auf der einen Seite standen die Deutschen und Oesterreicher, die russischen Juden, die Irländer und religiösen Pazifisten, auf der anderen zwei englische Glasbläser, ein französischer Kellner und etliche Amerikaner, die wegen ihrer Schulbildung und anderer snobistischen Schwächen einer heimlichen Liebe zu John Bull verdächtigt wurden. Zwischen diesen extremen Fraktionen verharrten die übrigen Mitglieder, verwirrt, bestürzt, nach einem Ausweg aus diesem Labyrinth suchend.

Dies fiel den schlichten Gesellen, den Jimmie Higgins, gar nicht leicht. Wenn sie die Formen so recht zu überdenken versuchten, wurden sie schier in Verzweiflung. Es gab so viele Seiten. Der letzte Redner hatte stets ein noch besseres Argument vorgebracht, als der vorherige. Freilich sympathisierte man mit Belgien und Frankreich, konnte man aber umhin, die britische herrschende Klasse zu hassen? Sie war der Erbfeind, sozusagen der Schulbuch-Feind. Außerdem kannte man sie am besten; jeder amerikanische Feind, der reich geworden war und seine Ueberlegenheit beweisen wollte, trug englische Anzüge, hatte englische Dienstboten und englische schlechte Manieren.

Für den Durchschnittsamerikaner war das Wort „englisch" gleichbedeutend mit „privilegiert", mit der Kultur der oberen Zehntausend, dem Bestehenden, gegen das er sich auflehnte. Deutschland hingegen war der Waisenknabe unter den anderen Nationen, — der Bursche der nie eine Chance gehabt hat und nur verzweifelt um eine Lebensmöglichkeit kämpft. Auch waren die Deutschen weit verständiger, sie erklärten ihre Sache, es lag ihnen etwas daran, was man von ihnen hielt, nicht wie der Engländer, hol' ihn der Teufel! der seine Nase hoch trug und sich kein Deut um die öffentliche Meinung kümmerte.

Zu all dem kam noch, daß die Deutschen hier das Gesetz der Trägheit auf ihrer Seite hatten, und dies ist in allen Organisationen ein äußerst wichtiges Gesetz. Die Deutschen verlangten von den Sozialisten bloß, sie sollten tun, was sie ihr Leben lang getan hatten. Und es ist die Bestimmung der sozialistischen Maschinerie, stets in Bewegung zu bleiben, sich von keinen Mächten des Himmels, der Erde oder der Hölle zum Stillstand zwingen zu lassen. Verlangt von den Jimmie Higgins, sie sollten ihre Forderungen auf Lohnerhöhung und den Achtstundentag aufgeben; wie wird Jimmies Antwort lauten? „Geht zum Teufel!"

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Die Jugend gegen Kinoschund!

Zum Kampfe gegen Kinoschund und Schundliteratur steht nun allerorts die Jugend auf und erhebt sich gegen geistige Verdummung und Knechtung. In Bochum vereinigt sich die Jugend aller Richtungen zu gemeinsamem Wirken. Aus sich heraus will sie neue Kultur und Sittlichkeit gestalten. Eine erste Flugschrift: Unser Wollen gibt sie heraus. Hier finden wir auch einen Beitrag von Franz Osterroth als Vertreter der Arbeiterjugend. „Den Spruch Raabes setzt er seinem Artikel voran: „Sieh nach den Sternen — gib acht auf die Gassen."

Kinoschund und Schundliteratur sind Auswüchse der kapitalistischen Ausbeutung und werden als solche erst mit dieser verschwinden. Eine radikale Besserung also wird erst eintreten können, wenn man das Uebel an der Wurzel angreift. Immerhin ist der Widerstand der Jugend gegen ihre Vergiftung ein erfreuliches Zeichen, und zweifellos wird er auch Erfolge haben. Freuen wir uns also der Bewegung, zumal sie aus der Jugend selbst erwachsen ist — fühlt sie also doch selber, daß ihre Gesundung dringend not ist. — Die Hallische Jugend aber möge sich an der Bochumer ein nacheiferndes Beispiel nehmen!

Seit wann gibt es landwirtschaftliche Wanderarbeiter?

Ganz allgemein verbreitet ist die Ansicht, daß erst die „neue Zeit" mit ihrer Industrialisierung und ihrer Landflucht zu der Notwendigkeit geführt habe, ausländische Hilfskräfte als Saisonarbeiter einzustellen. In Wahrheit ist die landwirtschaftliche Wanderarbeit — übrigens eine internationale Erscheinung — schon sehr alt und liegt bis zu einem gewissen Grade im Wesen der Landwirtschaft selbst begründet; weil hier — namentlich bei einigermaßen geteilterer Produktion — der Arbeitsbedarf bestimmtlich Schwankungen unterworfen ist. Der Sachsengänger unserer Tage entspricht vor Jahrhunderten die Waldgängerei. Die Kultur des Färberwaids bereitete zu gewisser Zeitpunkten so viel Arbeit, daß die Einheimischen sie nicht bewältigen konnten. Wie urkundlich bezeugt wird, schon im 14. Jahrhundert, in Wirklichkeit wohl schon früher, kamen darum wendische Arbeiter aus der Lausitz und benachbarten Gegenden als Hilfskräfte nach Thüringen. Diese Waidgängerei dauerte ungefähr 300 Jahre lang. Der 30jährige Krieg zerstörte dann die Kultur des Färberwaids, der außerdem vom Indigo ausgestochen wurde.

Aber auch aus anderen deutschen Gegenden hören wir von fremdländischen Wanderarbeitern schon in früher Zeit. So waren auf den Großgütern des preußischen Ordenslandes neben bezahlreichen Gesinde und den freien, aber einheimischen Landarbeitern auch viel Fremde tätig, die aus Masovien und Litauen herüberkamen. Wie F. Mendelsohn in einer eingehenden Abhandlung über diesen Gegenstand betont, handelte es sich dabei um eine ständige Einrichtung. In einer zum polnischen Recht gehörigen Verordnung aus dem Jahre 1406 wird sogar die Wanderung polnischer Arbeiter über die Grenze verboten, ein Zeichen, daß diese Wanderarbeit bereits einen sehr beträchtlichen Umfang angenommen hatte.

Die neue Verbesserung des Telephonwesens.

Das Reichspostministerium teilt mit, daß nach dem Verfahren mehrere Telephongespräche auf einen Draht führen zu können jetzt auch in Deutschland weitgehende Neuerungen vorgenommen werden. Es sind 50 derartige Hochfrequenzen im Bau. Das Reichspostministerium erklärt, daß der Bau von solchen Hochfrequenzlinien, der im Inland vorgenommen wird, im Interesse der deutschen Industrie liege, die dadurch die Möglichkeit erhält, neue Arbeiter zu beschäftigen und Valutagewinne zu erzielen.

Heiteres.

Aus Kinderaufsätzen. Kolumbus stand auf dem Hinterteil, bis er das Land entdeckte. — An Teich saß eine Maed und melkte die Kuh, aber im Wasser war es umgekehrt. — Die Kürassiere sind vorne mit Blech beschlagen. — Wenn die Amphibien das Landleben satt haben, gehen sie ins Wasser. — Die Tiere haben einen Instinkt, doch wissen viele nichts damit anzufangen. — In den heißen Ländern werden auch die zahmsten Tiere wild. — Weil sich mein schlimmer Fuß in die Länge zog, konnte ich den Schulausflug nicht mitmachen. — Wer beim Zubettgehen sein Licht nicht sorgfältig auslöscht, kann beim Aufstehen erstickt oder gar verbrannt sein. — Die Musik ist die lauteste Kunst, weil man dabei viel Geräusch hört. — Die Bernhardinerhunde haben vielen das Leben gerettet, indem sie den Reisenden Branntwein in die Kehle gossen. — Wenn man sich mit Wasser wäscht, wird es schwarz.

Von Richard Zoozmann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200823-11/fragment/page=0006